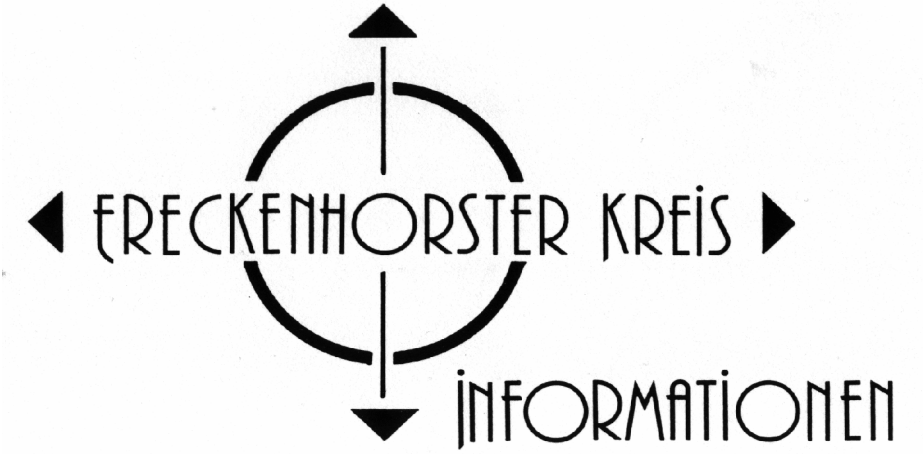


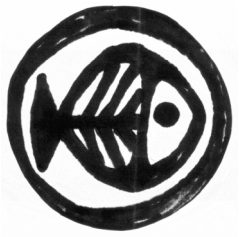
Nr. 142 August 2012

EWIGES LEBEN!

Mit unserem Weltbild vereinbar?

Inhalt

Angelika Wilmes: Ewiges Leben ..... S. 3
Günter Burkhard: Flucht ist kein Verbrechen ..... S. 5
Christiane Bentler: Das könnte euch Kirchenmännern ..... S. 14
Georg Kraus: Gegen und für Priestertum der Frau ..... S. 15
Interview: Wie katholisch ist »Donum Vitae«? ..... S. 19
Angelika Wilmes: Die Hoffnung der Kirche sind die Laien ..... S. 22
AGP-Deutschland: Glaubensgehorsam statt Hörigkeit ..... S. 28
Freiburger Priestermemorandum: Aufbruch jetzt! ..... S. 30
Aktionsgemeinschaft Rottenburg: Positionen ..... S. 31
Pfarrerinitiative: Gegen Disziplinarmaßnahmen ..... S. 34
Newsletter 11 der Laieninitiative: Worauf es ankommt ..... S. 35
Peter Pawlowsky: Papst Metternich ..... S. 39
Termine: ..... S. 41
»WsK«: Keine Eingliederung der Piusbrüder ..... S. 43
Hans Küng: Papst provoziert Ungehorsam ..... S. 44
Vatikanexperte Politi: Piusbrüder führen Vatikan vor ..... S. 45
Reinhold Waltermann feierte sein Goldenes Priesterjubiläum ..... S. 47
Nach Daniel Hausknost: Das Hausknostkonzept ..... S. 48
Feiter/Müller: Past. Herausforderungen – past. Neuaufbrüche ..... S. 52
Bernd Hans Göehrig: Neues »Gotteslob« ohne Oosterhuis? ..... S. 53
Angelika Wilmes: Oosterhuis auf dem »Index«? ..... S. 54



DISKUSSION

»Ewiges Leben?«

Vollendung von Mensch und Schöpfung –
vereinbar mit unserem naturwissenschaftlichen Weltbild?

Wir sind es gewöhnt, die moderne Naturwissenschaft als Gegenspieler der Religion zu sehen. Sogenannte »exakte Wissenschaften«, die das Universum einer strengen Gesetzmäßigkeit unterworfen sehen, tun sich schwer, religiöse Deutungen der Welt anzuerkennen. Eher neigen sie dazu, alles nicht Mess- und Wägbare für nicht existent zu erklären. Ebenso problematisch ist immer noch das Verhältnis vieler Religionen – auch der christlichen Kirchen – zu den Naturwissenschaften, sehr zum Nachteil für die Glaubensvermittlung. Unkritische und allzu wörtlich verstandene Interpretation von Bibelstellen und Glaubenssätzen macht vielen das Glauben schwer.

Vor allem die christlichen und allgemein-religiösen Vorstellungen von einem Leben nach dem Tod und der Vollendung der Welt scheinen mit den sogenannten »exakten Wissenschaften« nicht vereinbar zu sein.

Wissenschaftler, die ihre Forschung ohne geistige Scheuklappen betreiben, sehen inzwischen ungeahnte Zusammenhänge, die weit über das hinausgehen, was eine vermeintlich exakte Wissenschaft zu erkennen vermag. Denn durch die Erkenntnisse der modernen Naturwissenschaften hat sich das wissenschaftliche Weltbild grundlegend gewandelt. Die Vorstellung von der »exakten Wissenschaft«, die auf die strenge Gesetzmäßigkeit setzt, der die Materie unterliegt, vermag nur einen *Ausschnitt* der Wirklichkeit zu erklären. Relativitätstheorie, Heisenberg'sche Unschärferelation und Quantenphysik dagegen haben einen völlig neuen Blick auf die Wirklichkeit eröffnet. Vor allem aber der Gedanke eines umfassenden Evolutionsgeschehens hat unser naturwissenschaftliches Weltbild revolutioniert. Denn: Sprach man lange Zeit nur von der Evolution des Lebens, weiß man heute, dass ihr das Universum von Anfang an unterworfen ist.

Wir können daher von einer Evolution der Materie, des Lebens und des Bewusstseins sprechen. Durch unvorhersehbar auftretende »Quantensprünge« entsteht immer wieder absolut Neues, das sich nicht aus den vorgegebenen Strukturen ableiten lässt. Das entstandene Ganze ist dann mehr als die Summe seiner Teile. So wurde es möglich, dass im Lauf von Milliarden Jahren aus einfachsten Strukturen immer komplexere wurden. Schließlich entstand aus Materie Leben und aus unbewusstem Leben Bewusstheit und Geist. Dieser Prozess ist nicht abgeschlossen. Er geht weiter. Auch die Spezies »Mensch« ist ihm weiter unterworfen, falls sie sich nicht durch Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen aus dem evolutiven Geschehen verabschiedet.

Deshalb sollte – davon bin ich überzeugt – gerade die Osterbotschaft vor dem Hintergrund der permanenten Evolution des Kosmos, der Schöpfung, neu interpretiert werden, ebenso wie die biblischen Bilder von Weltende und Vollendung. Denn die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte lassen die christliche Vorstellung von den »letzten Dingen« in einem neuen Licht erscheinen.

Für mich persönlich sprechen die genannten wissenschaftlichen Aspekte dafür, dass die *eine* Wirklichkeit offen ist für religiöse Deutung, offen auch für die Hoffnung auf das befreiende lebensspendende Handeln Gottes an uns Menschen, wenn das leibliche Leben erloschen ist. Denn die Quantenphysik legt die Erkenntnis nah, dass nicht der Geist an die Materie gebunden ist, so dass er ohne den Leib nicht existieren könnte. Vielmehr scheint es, als nehme die Materie durch den Geist Gestalt und schließlich im Menschen Bewusstsein an. Der Geist als das Grundlegende, Lebendige und Bleibende wäre demnach vorstellbar als der Träger der Identität des Menschen über den Tod hinaus, an dem Gott sein Heilshandeln vollendet. Eine solche Interpretation würde einem tragfähigen Glauben zugutekommen.

Schluss:

Deshalb ist es an der Zeit, dass auch die Religionen vorurteilslos mit der Naturwissenschaft ins Gespräch kommen. Denn im Grunde sitzen beide in einem Boot: Beide *deuten* von ihrem Standpunkt aus die eine Wirklichkeit. Sicheres exaktes Wissen haben beide nicht: Die einen können sich nicht auf exakte ewiggültige Gesetze, die anderen ebensowenig auf objektive

göttliche Wahrheiten stützen. Die Welt will gedeutet werden von einer nachdenklichen und ganzheitlichen Wissenschaft gemeinsam mit weltzugewandten aufgeschlossenen Religionen.

A.W.

Dem Artikel liegen zugrunde die Ausführungen folgender Autoren:

** (Hoimar von Ditfurth, Unbegreifliche Realität, Reportagen, Aufsätze, Essays eines Menschen, der das Staunen nicht verlernt hat, Hamburg 1987, S. 223)*

*** (Hans-Peter Dürr, Auch die Wissenschaft spricht nur in Gleichnissen, Freiburg 2004*

Flucht ist kein Verbrechen!

Günter Burkhardt

»Sie legten mir Handschellen an und brachten mich mit dem Polizeiauto nach Debrecen. An den Handschellen war eine Kette befestigt. Sie zogen mich an dieser Kette, gefesselt wie ein Schwerverbrecher, bis in den Raum der Psychologin. Sie zerrten mich wie eine Kuh durch das ganze Lager an all den Leuten vorbei. Ich kann dir nicht sagen, wie beschämt ich war.«

Dies berichtet ein Flüchtling über seine Aufnahme in Ungarn.

Ungarn verletzt systematisch die Menschenrechte von Flüchtlingen. Schutzsuchende werden routinemäßig und bis zu zwölf Monate lang inhaftiert. Misshandlungen durch Polizeikräfte sind in den teils extra für Flüchtlinge errichteten Hafteinrichtungen

an der Tagesordnung. Die unmenschliche Behandlung von Flüchtlingen in Ungarn scheint also nicht durch Mängel oder Fahrlässigkeit verursacht – dahinter steckt ein System.

Flucht ist kein Verbrechen, Flüchtlinge sind keine Kriminellen. Sie brauchen Schutz und Unterstützung. Eigentlich. Doch wie ist die Realität? Wie kommen wir zu so einer Situation, mitten in Europa?

Früher war die Inhaftierung, die Misshandlung von Menschen in Haft ein Zeichen von Diktaturen und Verfolgerstaaten. Heute ist dies Praxis in einigen Staaten der Europäischen Union. Wer es schafft, die Grenzen Europas zu überwinden, wird inhaftiert – in Griechenland, in Ungarn oder auf Malta. Flüchtlinge werden weggesperrt, häufig für Monate. Wer freikommt, wird der Obdachlosigkeit ausgesetzt. Die Grenzstaaten Europas zwingen die Menschen dazu, weiter zu fliehen. Sie machen sich auf den Weg in andere europäische Länder, weiterhin auf der Suche nach Schutz und in der Hoffnung auf ein neues Leben.

Doch auch hier erfahren sie keine Hilfe. Die Menschen werden unmittelbar aufgegriffen und häufig erneut inhaftiert – auch in Deutschland. Diese Praxis stößt international auf scharfe Kritik. Der UN-Ausschuss gegen Folter äußerte im November 2011 seine schwere Besorgnis darüber, dass mehrere tausend abgelehnte Asylbewerber sowie die überwiegende Mehrheit der sogenannten Dublin-Fälle nach wie vor sofort im Anschluss an ihre Einreise nach Deutschland in Gewahrsameinrichtungen untergebracht werden, in einigen Fällen für lange Zeiträume.

Das Ziel der Inhaftierung ist die Abschiebung der Menschen. Ihre Fingerabdrücke werden im EURODAC-System registriert, ihre Daten in einer Zentralstelle in Deutschland erfasst. Nach der sogenannten Dublin-II-Verordnung sollen sie schnell wieder in die EU-Staaten abgeschoben werden, in denen sie erstmals den Boden der Europäischen Union betreten haben. 2011 geschah dies in rund 3.000 Fällen. Statt den Menschen Schutz und Hilfe zukommen zu lassen, wird die Mühle der Verfahrenszuständigkeit angeworfen.

In Nacht- und Nebelaktionen werden die Abschiebungen durchgeführt. Asylsuchende erfahren oft erst Stunden vor dem Abflug von ihrer Zwangsreise. Auch das hat System:

Erst am Überstellungstag, also am Tag der Abschiebung, werden sie über ihr Schicksal informiert. So sieht es der Standardbescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge für Dublin-Verfahren vor. Den Betroffenen soll so die Möglichkeit genommen werden, rechtlich gegen ihre Überstellung vorzugehen. Berechtigte Gründe, sich gegen die Abschiebung zu wehren, haben die Flüchtlinge allemal – di e unmenschlichen Aufnahmebedingungen in den jeweiligen Zielländern werden in der Öffentlichkeit immer stärker kritisiert. Auch Gerichten sind die Zustände in den Ländern an der EU-Außengrenze bekannt.

Im Jahr 2007 hat PRO ASYL diese Debatte europaweit iosgetreten. Zug um Zug setzte sich die Erkenntnis durch: Griechenland verletzt die Menschenrechte, behandelt Menschen erniedrigend und entwürdigend. Abschiebungen in solche Zustände sind ohne Frage rechtswidrig. Dies hat der Europäische Gerichtshof am 21. Dezember 2011 entschieden. Es darf nun in der EU keine Abschiebungen mehr in Staaten geben, in denen es systemische Mängel im Asylverfahren und im Aufnahmesystem gibt. Doch da die abschiebenden Behörden und ihre Regierungen diese Mängel oft bestreiten, haben die Flüchtlinge meist keine andere Chance als zu versuchen, vor Gericht zu ihrem Recht zu kommen. Doch dazu braucht man Rechtsanwälte und Zugang zu einem Gerichtsverfahren. In Deutschland wurde im Jahr 2007 den Gerichten per Gesetz das Recht genommen, im Eilverfahren Abschiebungen zu stoppen. Dies wurde im Asylverfahrensgesetz (§34a) festgelegt. Der im Rechtsstaat übliche Eilrechtsschutz wurde per Gesetz ausgeschlossen.

Deutschland will um jeden Preis am Dublin-System festhalten. Um die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz weiterhin an Länder an der EU-Außengrenze abgeben zu können, stellt man sich bei den Klagen über menschenrechtswidrige Zustände in diesen Staaten taub, solange es geht. Zugleich werden diese zunehmend und in immer schärferem Ton angehalten, ihre Außengrenzen gegenüber Flüchtlingen abzuschotten. »Wenn Länder wie Griechenland bei der Kontrolle der Außengrenzen versagen, müssen wir die Binnengrenzen vorübergehend wieder kontrollieren können«, sagte Bundesinnenminister Friedrich am 3. April 2012 gegenüber der Presse. Die offenen Grenzen im Schengen-Raum dürften »kein Einfallstor für illegale Migrationsbewegungen werden«.

Allein im Jahr 2011 wurden 55.000 Menschen als angeblich illegale Migranten in Griechenland an der Grenze zur Türkei inhaftiert. In hohem Maße waren es Menschen aus dem Iran, Afghanistan, Irak und anderen Staaten, in denen es zu Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen kommt. Erreichen sie Deutschland, werden viele von ihnen als schutzbedürftig anerkannt.

Friedrichs Aussage denunziert schutzsuchende Menschen als illegale Migranten. Seine Forderungen nach Grenzkontrollen innerhalb des Schengengebiets sind blanker Populismus und zielen auf eine noch rigidere Abschottung der europäischen Außengrenzen.

Künftig könnte es noch deutlich schlimmer werden: Auf EU-Ebene will Bundesinnenminister Friedrich nun erreichen, dass es EU-Staaten künftig offiziell erlaubt wird, an den Grenzen Flüchtlinge einzusperren – vorgeblich, um ihre Identität feststellen zu können. Faktisch bekämen die EU-Staaten damit einen Freibrief für die willkürliche Inhaftierung von Flüchtlingen.

Statt die Festung Europa weiter auszubauen und die Grenzkontrollen zu verschärfen, müssen die EU-Staaten gemeinsam für ein Schutzsystem für Flüchtlinge und für eine solidarische Teilung der Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen eintreten. Dies ist das Ziel der PRO ASYL-Kampagne »Flucht ist kein Verbrechen!«.

Der Fall der Familie Ghubar*

Familie Ghubar ist aus Afghanistan und über den Iran nach Griechenland geflohen. In Griechenland lebt die Familie ca. ein Jahr lang ohne Chance, einen Asylantrag zu steilen,auf der Straße. Frau Ghubar ist schwer krank, erhält jedoch keine medizinische Versorgung. Erst nach einem Zusammenbruch bekommt sie Hilfe von einer Wohlfahrtsorganisation.

Die fünfköpfige Familie beschließt weiterzufliehen. Die unsichtbaren Mauern zwischen den einzelnen EU-Staaten sind hoch und zumeist nur unter Zuhilfenahme von Schleppern und viel Geld zu bewerkstelligen. Daher flieht erst der älteste Sohn allein weiter nach Deutschland und stellt dort einen Asylantrag, ein halbes Jahr später versucht es auch die Mutter mit ihren beiden jüngeren Kindern.

Der Vater bleibt in Griechenland, weil das Geld für die Weiterflucht nur für Frau und Kinder reicht. Doch deren Versuch, nach Deutschland zu kommen, misslingt Sie werden in Ungarn aufgegriffen und sofort inhaftiert. Zu ihren Asylgründen werden sie nicht angehört, stattdessen droht man ihnen die Abschiebung nach Serbien oder Griechenland an. Der Gesundheitszustand der Mutter verschlechtert sich. Sie kommt in ein Krankenhaus. Dann sollen sie nach Serbien abgeschoben werden. Als die Familie in ein offenes Lager verlegt wird, entschließt sie sich zur Flucht.

Die erneute Flucht reißt die Familie weiter auseinander. Der 14-jährige Sohn landet allein in Österreich. Er soll von dort nach Ungarn überstellt werden. Zu diesem Zeitpunkt schafft es der Vater, aus Griechenland in die Niederlande zu fliehen. Mutter und Tochter schaffen es nach Deutschland und werden verhaftet. Der von ihnen gestellte Asylantrag wird vom zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zunächst »nicht in Bearbeitung genommen«. Mutter und Tochter kämpfen vor Gericht gegen ihre Abschiebung nach Ungarn. Frau Ghubar erleidet einen Zusammenbruch. Erst nach Vorlage mehrerer ärztlicher und psychiatrischer Stellungnahmen erfolgt eine Untersuchung durch das Gesundheitsamt. Nach fast einem halben Jahr Ungewissheit lenken die Behörden schließlich ein. Die Bundespolizei verzichtet auf die sofortige Rücküberstellung, das Bundesamt erklärt den »Selbsteintritt«. Ob der Vater aus den Niederlanden und der 14-jährige Sohn aus Österreich nach Deutschland kommen dürfen, ist noch nicht geklärt.

** Name geändert*

Flucht ist kein Verbrechen!

Gegen die europaweite Inhaftierungspraxis und das Abschieben von Flüchtlingen an die Grenzen Europas

Schutzsuchende, denen es gelingt, die Außengrenze Europas zu überwinden, werden in Ländern wie Griechenland, Ungarn oder Malta regelmäßig eingesperrt – häufig für Monate. Ganz gleich, ob Männer, Frauen, Familien oder Kinder – wer freikommt, landet über kurz oder lang auf der Straße. Wer kann, flieht weiter in andere Staaten Europas. Doch auch dort ist keine Hilfe zu erwarten, Die Menschen werden aufgegriffen und inhaftiert. Auf

ein faires Asylverfahren warten die Betroffenen vergeblich. Dann schiebt man sie gemäß der europäischen Dublin-II-Zuständigkeitsverordnung wieder in das Land ihrer Einreise in die EU ab. Nach schweren Strapazen und einer Kette von Abschiebungen finden sich viele Flüchtlinge in einer völlig hoffnungslosen Situation wieder, in der ihnen keinerlei Rechte auf Schutz gewährt werden.

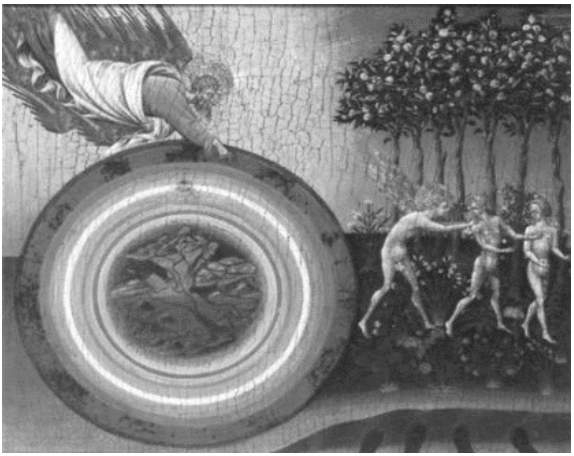
Bisher missachtet Deutschland die Geltung europäischer Grundrechte und liefert Flüchtlinge den unerträglichen Bedingungen in Ungarn oder Italien aus. Auf europäischer Ebene blockiert der Innenminister alle Bestrebungen, die europäische Asyl-Zuständigkeitsverordnung (Dublin II) zu verändern. Diese Verordnung sorgt EU-weit dafür, dass Flüchtlinge von Land zu Land abgeschoben, immer wieder inhaftiert oder Obdachlosigkeit und Elend ausgesetzt werden.

Im März 2012 startete PRO ASYL die Kampagne »Flucht ist kein Verbrechen!« gegen die unmenschliche Behandlung und Inhaftierung von Flüchtlingen in der EU. Online können Unterstützerinnen und Unterstützer einen Protestbrief an den Innenminister Friedrich richten mit folgenden Forderungen:

> Die Inhaftierung von Flüchtlingen muss europaweit beendet werden. Sie brauchen menschenwürdige Aufnahme und Schutz, nicht Inhaftierung und Willkür.
>
> Deutschland darf Schutzsuchende nicht in EU-Länder abschieben, in denen elende Aufnahmebedingungen herrschen, kein faires Asylverfahren möglich ist und Flüchtlinge ständig fürchten müssen, in Haft genommen zu werden.
>
> Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs muss in Deutschland umgesetzt werden.
>
> Alle Schutzsuchenden müssen das Recht haben, sich vor Gericht gegen Abschiebungen effektiv zu wehren – auch im Dublin-II-Verfahren.
>
> Europa braucht mehr Solidarität und Menschlichkeit bei der Flüchtlingsaufnahme.
>
> Die Staaten im Inneren der EU dürfen die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz nicht an die EU-Außengrenze abschieben. Die unfaire Asylzuständigkeitsregelung muss

grundlegend verändert werden.

Weitere Informationen zur PRO ASYL-Kampagne unter:www.flucht-ist-kein-verbrechen.de



Die »Doktrin der Entdeckung«

- vom Ökumenischen Rat der Kirchen verurteilt

Ernst Dertmann

Auf seiner jüngsten Tagung verurteilte der Exekutivausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) die »Doktrin der Entdeckung«, die dazu gedient habe, indigene Völker zu unterwerfen und zu kolonialisieren. Er veröffentlichte eine Erklärung, in der er betonte, diese Doktrin stehe von ihrer Natur her »in grundsätzlichem Widerspruch zum Evangelium Jesu«.

Der Exekutivausschuss veröffentlichte die Erklärung auf seiner Tagung, die vom 14.- 18. Februar in Bossey (Schweiz) stattfand, und rief nachdrücklich dazu auf, diese Doktrin zurückzuweisen, die die Versklavung indigener Völker im Namen des

Christentums erlaubt habe.

Die Doktrin geht auf die Päpstlichen Bullen zurück, die Papst Nikolaus V. 1452 und 1455 erließ und die die Eroberung und Ermordung indigener Völker erlaubten.

Diese historischen Kirchendokumente mit dem Titel *Dum Diversas* und *Romanus Pontifex* riefen dazu auf, Ungläubige zu unterwerfen, zu versklaven und ihren Besitz zu nehmen, der an die christlichen Monarchen überging.

Diese historische Grundlage, heißt es in der Erklärung, hätte unter anderem zur Folge gehabt, dass »Christoph Kolumbus den Auftrag erhielt, ferne Länder ›zu entdecken und zu erobern‹, ›zu unterwerfen und in Besitz zu nehmen‹«.

Europäische Länder wie Spanien, Portugal, England, Frankreich und Holland wandten die Doktrin an. Sie fand auch Eingang in die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten, und 1823 nahm der Oberste Gerichtshof der USA in der Rechtssache Johnson v. M'Intosh, 21 U.S. (8 Wheat.) 543 Bezug darauf, die wiederum von Gerichten in Australien, Kanada und Neuseeland zitiert worden ist.

Aus diesem Grund weist der Exekutivausschuss darauf hin, dass »die gegenwärtige Lage der indigenen Völker in aller Welt das Ergebnis eines linearen Prozesses ›legaler‹ Präzedenzfälle ist, die ihren Ursprung in der Doktrin der Entdeckung haben und in innerstaatlicher Gesetzgebung und Politik kodifiziert wurden«.

Rechte indigener Völker

Die Erklärung weist die in der Doktrin enthaltene Auffassung zurück, dass »Christen allein aufgrund ihrer religiösen Identität einen moralischen und rechtlichen Anspruch haben, die Gebiete von indigenen Völkern zu erobern und in Besitz zu nehmen und die indigenen Völker zu beherrschen«.

Die Erklärung bezeichnet die »Doktrin der Entdeckung« als Menschenrechtsverletzung und bekräftigt das »Recht indigener Völker, im Besitz ihres traditionellen Landes oder Territoriums zu bleiben, dort zu leben, ihre Kultur zu bewahren und zu bereichern«.

So wie die Bistümer Maine und Central New York der Bischöflichen Kirche und das Philadelphia Yearly Meeting der Religiösen Gesellschaft der Freunde haben viele Kirchen in den USA und Kanada die Doktrin verurteilt.

Im letzten Jahr haben mehrere unitarisch-universalistische Kirchen und Quäkerorganisationen Resolutionen angenommen, in denen sie die Doktrin zurückgewiesen haben.

Da die »Doktrin der Entdeckung« das Thema der diesjährigen 11. Tagung des Ständigen Forums für indigene Fragen der Vereinten Nationen *(UNPFII)* sein wird, unterstreicht der Exekutivausschuss in seiner Erklärung die Notwendigkeit, die Kirchen für diese Frage zu sensibilisieren.

Die Tagung des UNPFII wird vom 7. bis 18. Mai 2012 in New York stattfinden.

Angesichts dessen rief der Exekutivausschuss Kirchen und ökumenische Organisationen nachdrücklich auf, aktiv zu werden und sich am UNPFII-Prozess zu beteiligen.

In seiner Erklärung appelliert er an Regierungen, »sicherzustellen, dass ihre politischen Maßnahmen, Verordnungen und Gesetze, die indigene Völker betreffen, mit internationalen Übereinkommen und insbesondere mit der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker sowie Übereinkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation übereinstimmen«.

Mit der Erklärung des Exekutivausschusses bekräftigt der ÖRK sein Bekenntnis zu den Rechten indigener Völker und ruft jede

Mitgliedskirche dazu auf, »über die Geschichte ihres eigenen Landes und ihrer eigenen Kirche nachzudenken« und sich um ein besseres Verständnis der Anliegen indigener Völker zu bemühen.

Frau in der Kirche

Das könnte euch Kirchenmännern so passen!

Das könnte euch Kirchenmännern so passen,
wenn »Amen« das Einzige war, was Frauen zu sagen hätten!
Geboren und gestillt haben wir euch,
die Wurzeln des Glaubens haben wir euch in die Wiege gelegt.
Woher nehmt ihr also das Recht, uns von den Altären fernzuhalten?

Das könnte euch Kirchenmännern so passen:
das Evangelium nach euren Maßstäben ausgelegt!
Jesus, eingesperrt hinter Kirchenmauern und in Tabernakeln,
habt ihr noch nicht bemerkt, dass ER nicht nur dort lebt?

Das könnte euch Kirchenmännern so passen,
wenn ihr meint, die Rollen wären ein für allemal verteilt!
Unser Mut, unsere Ideale und Träume – unsere Weiblichkeit
ist der frische Wind, der der Kirche heute fehlt.

Verharrt also nicht länger ängstlich hinter euren dicken Mauern,
öffnet die Fenster, lasst den frischen Wind herein.

Christiane Bentler 1991

Was spricht gegen, was spricht für ein Priestertum der Frau?

*Der Bamberger Theologe **Georg Kraus** erklärt, warum die Ordination von Frauen ins geistliche Amt ein Auftrag für die ganze Kirche sein sollte.*

Als Papst Johannes Paul II. 1994 in dem Dokument »Ordinatio sacerdotalis« mit der höchstverbindlichen Autorität seines Lehramtes erklärte, dass die Kirche keinerlei Vollmacht hat, Frauen die Priesterweihe zu spenden, und dass sich alle Gläubigen endgültig an diese Entscheidungen zu halten haben«, hofften viele katholische Bischöfe, dass nun die Debatte über die Zulassung von Frauen zum sakramentalen geistlichen Amt verstummt Schließlich hatte sich schon Papst Paul VI. 1976 ähnlich geäußert Doch die Geschichte zeigt wieder einmal, dass Machtworte allein nicht ausreichen, gut begründete Gegenargumente zu entkräften und Diskussionen sowie ein Weiterdenken im freien wissenschaftlichen Forschen zu verhindern. Hinzu kommt, dass der gesellschaftliche Wandel in der Frauenfrage eine neue Sicht im Volk geschaffen hat, was plausibel ist – und was nicht mehr. Gerade ein Glaube, der die Inkulturation betont, kann vor einer sich wandelnden Kultur nicht die Augen verschließen.

Verwaltungsämter als Vorbild

Der Bamberger Dogmatikprofessor Georg Kraus hat in den »Stimmen der Zeit« nüchtern die verschiedenen Argumente, die für und die gegen eine Öffnung des Weihesakraments für Frauen sprechen, gesichtet und einander gegenübergestellt Er erinnert daran, dass angesehene Theologen wie Karl Rahner, Wolfgang Beinert, Medard Kehl oder Peter Hünermann zum Teil schon vor Jahrzehnten vergeblich auf dieses Problem aufmerksam gemacht haben. Kraus bezieht sich in seinem Beitrag insbesondere auf das Schreiben Ordinatio sacerdotalis«.

Dieses Dokument nennt zunächst das zweifellos gewichtige Traditionsargument: »Die Priesterweihe war in der katholischen Kirche von Anfang an ausschließlich Männern Vorbehalten.« Allerdings gibt Kraus zu bedenken: »Das Entscheidende ... ist nicht das Faktum einer sehr langen Tradition, sondern die Prüfung, ob diese Tradition in der gegenwärtigen geschichtlichen

Situation das Heil der Menschen fördert. Nach dem Willen Jesu ist – analog zum Sabbatwort Mk 2,27 – der Mensch nicht für die Tradition da, sondern die Tradition für den Menschen. So entspricht es dem Willen Jesu, der Herr über den Sabbat und damit auch Herr über die Tradition ist, dass eine Tradition, die in ihrem Heilsdienst sehr umstritten ist, geändert werden kann « Nach Kraus ist es also theologisch schlichtweg nicht redlich, zu behaupten, dass die Kirche zu einer Änderung langer Traditionen keine Vollmacht habe.

Ein zweites Hauptargument lautet: Die Kirche müsse dem Vorbild Christi nachfolgen, wie es in der Heiligen Schrift überliefert ist. Jesus aber habe ausschließlich Männer zu Aposteln berufen. »Wenn Christus nur Männer zu seinen Aposteln berief, tat er das völlig frei und unabhängig. Er tat es mit derselben Freiheit, mit der er in seinem Gesamtverhalten die Würde und Berufung der Frau betonte, ohne sich nach den herrschenden Sitten ... zu richten.« Dieses Vorgehen Jesu bedeute jedoch keinesfalls eine Diskriminierung oder Minderbewertung der Frau, schreibt Papst Johannes Paul II. Das zeige die Tatsache, dass Maria, die Mutter Gottes und die Mutter der Kirche, nicht den eigentlichen Sendungsauftrag der Apostel und auch nicht das Amtspriestertum erhalten hat, mit aller Klarheit.

Dagegen stellt Kraus eine andere, historisch-kritisch gut erforschte Einsicht: Der historische Jesus habe zwölf Männer erwählt, um zum Ausdruck zu bringen, dass seine Botschaft dem Gesamtvoik Israel gilt... »Damit Jesu Anspruch in der Jüdischen Gesellschaft seiner Zeit verstanden werden konnte, musste er als Repräsentanten der Sohne Jakobs ausschließlich Männer wählen.«

Mit dieser symbolischen Berufung habe Jesus auf die patriarchalischen Sichtweisen der damaligen Kultur und Gesellschaft Rücksicht nehmen müssen, um im Kern seines Anliegens verstanden zu werden: der erlösenden Sammlung Israels, der zwölf Stämme. »Es war ja Faktum: Im damaligen Judentum hatten die Frauen kein Öffentliches Zeugnisrecht. So konnte Jesus für die Öffentliche Zeugenschaft keine Frauen auswählen.« Vielmehr war er von der sozio-kulturellen Situation gezwungen, nur Männer als öffentliche Verkündiger zu berufen«. Selbst Jesus konnte nicht völlig frei handeln.

Damit habe er aber nichts zur Frauenfrage im eigentlichen Sinne sagen wollen. Dass Jesus neben den Zwölfen ebenso Frauen als Jüngerinnen in seine Gefolgschaft aufgenommen hat, beweise im Gegenteil, dass es seinem Willen entspricht, Frauen – wie in den Urgemeinden tatsächlich geschehen – besondere Funktionen in der Kirche zu geben*.

Der Hinweis auf eine Berufung der Zwölf in ein Priestertum sei zudem nicht tragfähig, weil der historische Jesus kein am heidnischen beziehungsweise kultischen Priestertum orientiertes geistliches Kult- und Opferamt eingesetzt habe. Die kirchlichen Ämter haben sich vielmehr – allerdings schon in früher Zeit – inmitten einer patriarchal geprägten Gesellschaft nach weltlichen, zum Teil politischen Verwaltungsvorbildern entwickelt. So geschah es etwa beim Episkopos, dem Aufseher, der analog zu höheren römischen Verwaltungsbeamten als Bischof den Beginn einer langen Tradition begründete. Zu verschiedenen Zeiten seien verschiedene Formen angenommen worden. In einer modernen Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichberechtigt sind, richtet sich diese Herausforderung auch an die Glaubensgemeinschaft, was für Kraus heißt, dass auch die Rolle der Frauen in der Kirche neu bedacht und geregelt werden müsse.

Der Dogmatiker nennt daraufhin vier gewichtige theologische Argumente, die für die Zulassung von Frauen zum geistlichen Amt sprechen.

Erstens: die Gleichwertigkeit und die innere Bezogenheit von Mann und Frau in der Schöpfungs- und Erlösungsordnung. Mann und Frau sind durch das Heilswerk Jesu Christi in gleicher Weise erlöst. Daher haben beide gleichermaßen Anteil an der Aufgabe der Weitervermittlung der Nachfolge Jesu Christi. Dies gelingt durch das ergänzende Zusammenwirken der Geschlechter. Für den gleichwertigen Heilsdienst ist jedoch die Zulassung der Frauen zu allen Ämtern eine notwendige Voraussetzung. Weil das Amt immer auch mit Macht und geistlicher Vollmacht verbunden ist, käme so auch sinnfällig zum Ausdruck, dass in der Kirche der Mann nicht über die Frau herrscht, sondern dass Mann und Frau gemeinsam die Kirche führen.

Zweitens: die Teilhabe aller Getauften am Priestertum Christi, wie dies im ersten Petrusbrief (2,5) beschrieben wird. Auch dieser Glaubenssatz gelte geschlechterunabhängig. Das Pries-

tertum aller ist kein »leerer Titel«, sondern eine wirkliche Befähigung zum Heilsdienst. Darum sind auch die Frauen vom allgemeinen Priestertum her ordinationsfähig. Von dieser Basis her können Frauen, die sich berufen fühlen und die nötigen Gaben mitbringen, durch die Kirche zum besonderen Dienst, zum Presbyterat ordiniert werden.

Mann oder Mensch Christus?

Drittens: Das Argument, wonach Christus ein Mann war und daher nur ein Mann Christus repräsentieren oder in persona christi« handeln könne, mag zwar mythologisch und typologisch eine archaische Bedeutung haben, ist laut Kraus christlich-theologisch jedoch nicht schlüssig. Denn es heißt nicht: Der Sohn Gottes ist Mann geworden; sondern es heißt: Der Sohn Gottes ist Mensch geworden. Da nun Mann und Frau als Menschen das Personsein gemeinsam besitzen, kann sowohl der Mann als auch die Frau ‚in persona' Christus repräsentieren.«

Viertens: Die Weihe von Frauen wäre ein geisterfüllter (pneumatologischer) Neuaufbruch. In der Taufe empfangen alle, Männer wie Frauen, auf gleiche Weise den Heiligen Geist. Sie haben daher auch in gleicher Weise Anteil an allen Gnadengaben, den Charismen. Die Taufe sei die tiefste pneumatologische Begründung für die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen an allen Diensten. Kraus schlussfolgert daraus:

»Auch im Hinblick auf die Frauenordination brauchen wir in der Kirche ein neues Pfingsten«. Er weiß natürlich, dass bei einer solchen Frage weltkirchliche Überlegungen eine Rolle spielen und Geduld angebracht ist Doch dies darf nicht zur Ausrede werden. Schon Karl Rahner mahnte: »Diese Geduld sollte nicht überbeansprucht werden, weil die Zeit drängt und man gewiss nicht ohne Schaden für die Kirche hundert Jahre warten kann.«

Wie katholisch ist *Donum Vitae*, Herr Erzbischof?

»Mir ist völlig unverständlich, dass in unserer Kirche überhaupt nicht mehr vernünftig über Donum Vitae geredet werden kann.« Alois Glück

Florin: Sind deutsche Bischöfe zu autoritätsfixiert, Herr Erzbischof?

Zollitsch: Zur partnerschaftlichen Kirche sehe ich keine Alternative. Wenn jemand die Verantwortung spürt, ist die Gefahr durchaus gegeben, zu versuchen, autoritär zu entscheiden. Das ist immer die Versuchung von uns Menschen. In der Politik hat es offensichtlich vielen gefallen, wenn da mal ein Kanzler »Basta!« sagte. Wir Bischöfe arbeiten kollegial in der Bischofskonferenz und üben dabei Kollegialität Stück für Stück weiter ein. Es gibt Priesterräte, es gibt Diözesanräte, dort and auch Laien eingebunden. Es hängt immer auch davon ab, wieviel man als Bischof in die Räte hineingibt und ihnen zutraut. Ich selbst empfinde diese verschiedenen Beratungsebenen keineswegs als Bedrohung, sondern als Bereicherung.

Florin: 1999 sagte der Papst »Basta!« Damals beugte sich die Deutsche
Biscbofskonferenz der Entscheidung aus Rom und stieg aus der staatlichen Schwangerenkonfliktberatung aus. Katholische Laien haben daraufhin *Donum Vitae* gegründet Der Verein berät Frauen in Konfliktsituationen und vergibt den Schein, der für eine straffreie Abtreibung nötig ist. Inwieweit wirkt dieses Ereignis noch im Verhältnis zwischen Bischöfen and Laien nach?

Glück: Für mich ist das eine total verkrampfte Situation in unserer Kirche. Rom hat entschieden, dass die deutsche katholische Kirche sich nicht an der staatlichen Schwangerenkonfliktberatung beteiligen soll. Es könnten Missverständnisse über die Haltung der Kirche zum Lebensschutz und zur Abtreibung entstehen, die das Zeugnis der Kirche verdunkeln, hieß damals die Begründung. Daraus hat sich die Frage ergeben, ob man außerhalb des kirchlichen Amtes und der kirchlichen Trägerschaft weiterhin eine Beratung anbietet und damit die Möglich-

keiten der Beratung auf der Basis unserer gemeinsamen Überzeugung voll ausschöpft, gerade dann, wenn die Frau noch unentschlossen ist. Mir ist völlig unverständlich, dass in unserer Kirche überhaupt nicht mehr vernünftig über *Donum Vitae* geredet werden kann. Wenn die gesetzliche Beratungspflicht so verwerflich ist, dann müsste die katholische Kirche in Deutschland entschieden ein anderes Abtreibungsrecht fordern.

Florin: Das tun doch einige Bischöfe.

Glück: Ich kenne nur ziemlich pauschale Kritik, aber keine konkreten Vorschläge, die einen wirksameren Lebensschutz realisieren können. Natürlich ist die Situation unbefriedigend. Aber wer die jetzige gesetzliche Regelung nicht will, muss, wenn er glaubwürdig sein will, einen konkreten Alternativvorschlag machen, der real einen wirksameren Lebensschutz bringt. Die alte Strafrechtsregelung? Damit bestraft man nur die Frau, das oft drängende Umfeld bleibt unbehelligt. Wenn wir in Bayern das mit *Donum Vitae* nicht auf die Beine gestellt hätten, wären alle diese Beratungsstellen flächendeckend von Pro Familia übernommen worden. Ist das dann die katholische Lösung

Zollitsch: Wir haben unsere kirchlichen Beratungsstellen in Baden-Württemberg, die sehr gute Arbeit leisten und die wir auch tatkräftig unterstützen.

Glück: Aber Sie erreichen die Frauen in Konfliktsituationen doch gar nicht. Das sagt selbst die Caritas.

Zollitsch: Doch, wir erreichen auch solche und helfen diesen Menschen, etwa durch den »Bischofsfonds«, der ausschließlich für Frauen in Not bestimmt ist. Die Frage der Schwangerenkonfliktberatung hat allerdings ein Stück Spaltung in die Kirche gebracht, die bis heute spürbar ist und unter der wir leiden.

Florin: Hat die Kirche damit nicht ein wichtiges gesellschaftliches Feld aufgegeben?

Zollitsch: Mein Vorgänger in Freiburg, Erzbischof Oskar Saier, war ein Kämpfer für den Verbleib der Kirche im staatlichen Beratungssystem. Dann hat Rom 1999 anders entschieden, damit

ist die Frage für uns geregelt. Wir haben dieses Feld allerdings nicht aufgegeben. Wir haben nach wie vor unsere kirchlichen Beratungsstellen und tun durch sie viel Gutes.

Glück: Ich verstehe, dass Bischöfe dem Papst gehorchen müssen. Aber die Frage, ob die Kirche zurückkehren soll in die staatliche Beratung, stellt sich doch nicht mehr. Es geht uns vielmehr darum, ob diejenigen, die *Donum Vitae* tragen, weiter ausgegrenzt werden in der Kirche. Die Mitglieder und Unterstützer von *Donum Vitae* haben im Hinblick auf den Lebensschutz und die Abtreibung keine andere Position als die überwältigende Mehrheit der deutschen Bischöfe vor der Entscheidung Roms. Dann darf diesen Menschen doch nicht immer wieder unterstellt werden, wer für die Beratungspflicht mit entsprechendem Nachweis eintritt, nehme es mit dem Lebensschutz nicht so ganz genau oder sei gar für die Abtreibung. Es kann doch nicht sein, dass eine Frau, die sich bei *Donum Vitae* engagiert, nicht Vorsitzende des Pfarrgemeinderats oder gar Diözesanratsvorsitzende werden darf. Aber eine, die in der weltanschaulich neutralen staatlichen Gesundheitsberatung tätig ist, darf das. Wer soll das verstehen?

Florin: Gibt es In der Kirche kein Verfahren, solche Konflikte offen anzusprechen?

Zollitsch: »Offen« heißt doch nicht »öffentlich«. Die anstehenden Fragen werden immer wieder besprochen. Da kann ich in einem offenen Gespräch unter vier Augen auf Dauer mehr erreichen als mit öffentlichen Debatten.

Glück: Die Bischofskonferenz legt sehr großen Wert darauf, nach außen als Einheit zu erscheinen. Die Gefahr ist, dass dann aktive Minderheiten alles blockieren können.

Zollitsch: Muss denn die Kirche alles, was die Politik macht, nachahmen? Manche politische Kämpfe widern mich regelrecht an. Was hat das denn noch mit Christentum zu tun, wenn der eine den anderen persönlich attackiert? Da gilt Jesu Wort: »Bei euch aber soll es nicht so sein« (Mk 10,43). Und die Ermahnung des Paulus: »In Demut schätze einer den anderen höher als sich selbst« (Phil 2,3).

Glück: Wir müssen uns schon fragen, ob wir innerkirchlich immer so christlich miteinander umgehen. Es würde sicherlich eine große Mehrheit der Gläubigen irritieren, wenn Bischöfe aufeinander losgingen wie Politiker. Das ist einfach eine andere Erwartung ans Amt. Es geht um eine gute Gesprächskultur, in der offene Erörterung förderlich ist. So reden wir ja auch miteinander.

Zollitsch: Offensichtlich mehr als viele wahrnehmen.

Erschienen in »Christ und Welt«, Ausgabe 13/2012
Redakteur: Christiane Florin

Die Hoffnung der katholischen Kirche sind die Laien

Angelika Wilmes

Wer heute auf die katholische Kirche schaut – sei es aus einer Position der Verbundenheit oder der Ablehnung – dem fällt zweierlei auf:

1. Durch die Kirche in Europa geht ein tiefer Riss. Nie in den letzten Jahrhunderten sind gerade die »praktizierenden« Mitglieder so unzufrieden mit ihrer Kirche gewesen. Nie gab es so viel bittere Kritik von Menschen, die an der Kirche leiden, eben *weil* ihnen etwas an ihr liegt.

2. Es gibt keinen fruchtbaren Dialog in der katholischen Kirche, obwohl seit der Würzburger Synode etliche Dialoginitiativen angestoßen und auch durchgeführt worden sind – ohne irgend-

welche Konsequenzen: Die erarbeiteten Beschlüsse wurden nie umgesetzt. Kaum jemand glaubt heute, dass es dem von Erzbischof Zollitsch so überzeugend geforderten Dialogprozess anders ergehen wird, da die Mehrheiten in der Bischofskonferenz eine konsequente Umsetzung etwaiger Ergebnisse nicht zulassen werden.

3. So präsentiert sich die katholische Kirche als zutiefst gespalten: in eine blockierende Kirchenleitung und in engagierte und weltoffene Christinnen und Christen in den Gemeinden. Der neue Begriff »horizontales Schisma« beschreibt anschaulich diesen Tatbestand. Spaltung und Dialogunfähigkeit sind jedoch nicht die Ursachen, sondern die Folgen der kirchlichen Misere.

Wie stellt sich die offizielle katholische Kirche 50 Jahre nach dem 2. Vaticanum dar?

!. Herrschend statt dienend

Eines der bestimmenden Kennzeichen der offiziellen katholischen Kirche ist ihre streng hierarchisch gegliederte Leitungsstruktur.

Die vom Konzil geforderte Kollegialität der Bischöfe wurde zunächst halbherzig und ansatzweise umgesetzt und nach der Einführung des Amtseides durch Johannes Paul II. wieder zurückgefahren.

Die Folgen für die Gesamtkirche: Das oben genannte »horizontale Schisma«. Die Mehrzahl der Bischöfe vertritt nicht die Anliegen des Kirchenvolks, setzt vielmehr durch, was von oben dekretiert wird.

2. Verurteilend und ausschließend statt aufrichtend

Namhaften Theologen wird die Lehrerlaubnis entzogen.

Geschiedene Wiederverheiratete werden in einer Lebenskrise nicht unterstützt, sondern von der Eucharistie ausgeschlossen.

Auch gegenüber den reformatorischen Kirchen dient ausgerechnet die Eucharistie der Ab- und Ausgrenzung.

Angestellte in katholischen Einrichtungen verlieren ihren Arbeitsplatz, wenn sie nicht nach den Regeln der Kirche leben.

Homosexuelle Gruppierungen bekommen Hausverbot in katho-

lischen Einrichtungen.

3. Konfessionell verengt statt ökumenisch

Was in vielen Gemeinden selbstverständliche Praxis ist – die eucharistische Gastfreundschaft – scheint für die Kirchenleitung undenkbar zu sein.

Mit dem ärgerlichen Argument, die Einheit der Christen müsse »vom Hl. Geist gewirkt werden«, nicht von Menschen, schiebt man Gott die Verantwortung für die Versöhnung der Kirchen zu.

Päpstliche Schreiben und die Überheblichkeit der katholischen Kirchenleitung, die darauf besteht, die einzig wahre Kirche Christi zu vertreten, kränken die Schwesterkirchen.

4. Frauen- und sexualitätsfeindlich

Anders als in vielen frühchristlichen Gemeinden und gegen die Rechtsgrundsätze demokratischer Gesellschaften kennt die offizielle Kirche bis heute keine Gleichberechtigung der Frau.

In jüngster Zeit gibt es deutliche Bestrebungen, die Beteiligung von Frauen an gottesdienstlichen Aufgaben, z. B. als Kommunionhelferinnen, zurückzudrängen.

Das grundsätzliches Misstrauen der Hierarchie gegenüber dem Weiblichen veranlasst heute viele Frauen, der Kirche den Rücken zu kehren, die dadurch gerade ihre engagiertesten Mitglieder verliert.

Ein solches Frauenbild ist notwendigerweise verbunden mit den bekannten stark sexualfeindlichen Tendenzen einer zölibatären Amtskirche und mit deren Auswirkungen.

5. Kultisch-sakral statt menschlich und zugewandt

In den letzten Jahren gibt es deutliche Tendenzen Roms, die Messfeier zu reglementieren.

Statt des Mahlgedankens wird der Opfercharakter der Eucharistie hervorgehoben.

Statt des Aspekts der geschwisterlichen Feier der Gemeinde steht die kultische Verehrung im Vordergrund.

Lieder, die den Alltag des Christen, aber auch seine Fragen und Unsicherheiten zum Inhalt haben, sollen – so hört man – aus

dem neuen Gotteslob herausgenommen werden.

Die Verehrung der Hostie in der Monstranz tritt stark in den Vordergrund.

Kleinliche Vorschriften aus Rom regeln den Ablauf des »Mysteriums« der Eucharistie.

Die kultische Aufwertung des sakralen Priestertums ist offensichtlich – äußerlich ablesbar an besonderer Priesterkleidung.

6. Skeptisch gegenüber Moderne und Wissenschaft

Vor allem seit dem Pontifikat Benedikt XVI. verstärkt sich die Skepsis Roms gegenüber der Moderne, die reduziert wird auf Strömungen eines angeblichen Liberalismus und Indifferentismus.

Dieser Argwohn führt zu deutlichen Tendenzen der Abschottung und des Rückzugs in eine hierarchisch kontrollierte kirchliche Binnenwelt.

Ein fruchtbarer Dialog mit modernen Strömungen bleibt aus. Dadurch verliert die offizielle Kirche zunehmend den Kontakt zur Lebenswelt ihrer Mitglieder und zu deren Wünschen und Problemen.

Die grundsätzliche Dialogverweigerung, die nicht nur die reformorientierten Gruppen konstatieren müssen, bezieht sich bis heute – von Ausnahmen abgesehen – auch auf das Gespräch mit den Wissenschaften.

Darunter leidet nicht nur Überzeugungskraft kirchlicher Glaubensverkündigung, auch innerkirchlich setzt sich die Wissenschaftsfeindlichkeit fort, z. B. in der Ablehnung der historisch-kritischen Exegese. Das wortwörtliche Verständnis der biblischen Texte ist unter Predigern und entsprechend auch in den Gemeinden noch weit verbreitet und erschwert vielen das Glauben.

Was folgt daraus?

Aus dieser Situation kann sich die Kirche offensichtlich nicht befreien, solange die grundsätzliche Spaltung zwischen der hierarchisch strukturierten Leitung und dem Kirchenvolk besteht. Von den beiden oberen Ebenen – dem Papst und den Bischöfen – ist in absehbarer Zeit kein Signal zum Aufbruch in die Welt

von heute zu erwarten.

In der Kirche sind es die Laien in den Gemeinden, das »gesamte Volk Gottes«, wie es im Hochgebet heißt, die frei sind, als getaufte und geistbegabte Christen, nach verantwortungsvoller und gewissenhafter Prüfung gemeinsam Neues zu wagen nach dem Motto: »Wir sind die Kirche«! Wir Laien sind die einzigen, die ohne persönliche Konsequenzen fürchten zu müssen, das tun können, was wir als Christinnen und Christen für dringend notwendig halten. Diese Freiheit des »Laienstandes«, die wir bislang eher als Diskriminierung verstanden haben, gibt uns die Möglichkeit, Verantwortung in der Kirchenkrise zu übernehmen.

Eines steht fest: Appelle, Resolutionen, Gesprächsangebote werden keinen Aufbruch bewirken. Wir müssen handeln, und zwar dort, wo wir sind, vor Ort, in unseren Gemeinden, Kreisen und Gruppierungen. Dabei geht es nicht um Rebellion oder Sonderwege. Gespalten und getrennt ist die katholische Kirche schon lange: Getrennt von der übrigen Christenheit, getrennt von allen, die ausgeschlossen wurden, gespalten in »oben« und »unten«. Gefordert ist verantwortliches und wohlbedachtes Handeln, und zwar ohne Feindseligkeit im Gespräch mit allen Seiten, um zu retten, was zu retten ist.

Wie können wir Laien unsere Verantwortung wahrnehmen?

1. Liturgie

Wir brauchen eine Eucharistiefeier, die uns beim gemeinsamen Mahl ohne Rangunterschiede spüren lässt, dass Jesus als Gastgeber mitten unter uns ist.

Wo solche Gottesdienste in der Gemeinde nicht gewährleistet sind, können wir Haus- oder Gruppengottesdienste feiern. Jesus selbst hat uns seine Gegenwart zugesagt, wenn wir uns in seinem Namen versammeln.

2. Theologie

Wir brauchen eine zeitgemäße Theologie, die sich mit Hilfe moderner Exegese am Evangelium orientiert, die auf die Anfänge schaut und dabei die Tradition nicht über Bord wirft, sofern sie biblisch fundiert ist und uns hilft, in der heutigen Welt als Christen zu leben.

In jeder Gemeinde gibt es Theologen, die vermitteln können, wie hilfreich ein fundiertes zeitgemäßes Glaubenswissen für die Lebensbewältigung sein kann. Nutzen wir unsere Freiheit, theologische Weiterbildung, Glaubenskurse, Vorträge zu aktuellen kirchlichen Ereignissen oder Problemen selber zu organisieren.

3. Gemeinde

Wir brauchen Gemeinden am Ort, weil sich in der Vereinzelung die Nachfolge, zu der Jesus in der Bergpredigt ermutigt, nicht leben lässt.

Wenn Gemeindeleitung durch Priester nicht gewährleistet ist, sollten wir unsere eigenen Leitungsteams wählen, die Verantwortung übernehmen und Wortgottesdienste, Katechese und Diakonie vor Ort organisieren.

4. Ökumene

Wir wollen mit allen Christen zusammen glauben und handeln. Alle christlichen Kirchen – auch die katholische – sind geprägt von unterschiedlichen Traditionen und Frömmigkeitsstilen. Oft klaffen zwischen diesen unterschiedlichen Gruppen in den Gemeinden tiefere Gräben als zwischen den verschiedenen christlichen Kirchen.

Praktizieren wir Ökumene – nicht nur am Pfingstmontag und beim Pfarrfest – sondern in den Gemeinden, bei gemeinsamen Veranstaltungen, beim wechselseitigen Besuch der Gottesdienste, beim gemeinsamen Handeln gegen Armut und Benachteiligung in den jeweiligen Gemeinden und weltweit.

5. Diskriminierung von Frauen

Als Männer und Frauen wollen wir gleichwertig die Kirche »tragen«. Wir wollen nicht mehr hinnehmen, dass die einen zu Ämtern und die anderen allenfalls zum freiwilligen Engagement mit hohem Einsatz berufen sind. Eine Gemeinde, die sich auf Jesus beruft, muss geschwisterlich leben und handeln.

Nehmen wir uns die Freiheit, unser Engagement dort aufzugeben, wo Frauen diskriminiert werden! Männer und Frauen in den Gemeinden sollten deutlich machen, dass sie Unterschiede aufgrund des Geschlechts nicht mehr hinnehmen. In diesem Punkt ist die breite Solidarität der Gemeindemitglieder gefragt,

nicht nur die der Frauen mit Frauen, sondern auch die der Männer mit den Frauen.

●

Glaubensgehorsam statt Hierarchie-Hörigkeit

*Arbeitsgemeinschaft von **Priester- und Solidaritätsgruppen in Deutschland (AGP)** bekennt sich zu gesetzeswidriger Praxis*

Auf ihrer Jahresversammlung vom 28. bis 30. Mai 2012 in Heppenheim hat sich die AGP zum wiederholten Mal mit dem dringenden Reformbedarf in der römisch-katholischen Kirche befasst. Dabei fanden unter anderem der »Aufruf zum Ungehorsam« der Pfarrerinitiative in Österreich und die »Positionen im Dialogprozess« der AG-Rottenburg, einer Mitgliedsgruppe der AGP, ausdrückliche Zustimmung.

Die AGP betont, dass sie die von diesen Priestergruppen benannten und praktizierten Reformen bereits seit 40 Jahren immer wieder gefordert hat. In dieser Zeit haben darüber hinaus viele Priester aus ihren Reihen eine an Wort und Handeln Jesu orientierte Praxis in ihren Gemeinden begründet bzw. gefördert. Dies geschah offen oder zuweilen wegen der pastoralen und persönlichen Situation in verantwortlicher Abwägung der Folgen auch ohne öffentliche Bekundung.

> Sie ermöglichen wieder verheirateten Geschiedenen die volle Teilnahme an der Eucharistie;
>
> sie bieten Christinnen und Christen anderer Konfessionen eucharistische Gastfreundschaft an und nehmen selbst mit Gläu-bigen der eigenen Gemeinde am evangelischen Abendmahl teil;
>
> sie halten sich nicht an das Predigtverbot für Laien;
>
> sie setzen in solidarischen Initiativen die Option für die Armen um und unterstützen Befreiungsbewegungen in der Kirche.

Sie setzen sich dafür ein,

> Verheiratete, Frauen und Männer, zu allen kirchlichen Ämtern zuzulassen;

das Recht aller Getauften auf Mitsprache und Mitentscheidung auf allen Ebenen anzuerkennen und zu garantieren;

den römisch-klerikalen Zentralismus in der Kirche durch synodale und demokratische Strukturen zu beenden.

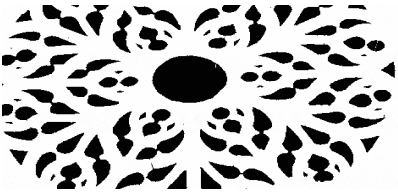
So kämpfen sie hartnäckig dafür,

dem »Aggiornamento« des Zweiten Vatikanischen Konzils in ihren Gemeinden und in der Kirche konkrete Gestalt zu geben.

Wegen ihrer pastoralen Praxis und des Eintretens für grundlegende Reformen nehmen Priester der AGP bis auf den heutigen Tag auch persönliche Diskriminierung, berufliche Benachteiligung und kirchenrechtliche Sanktionen seitens der Bischöfe in Kauf. Sie tun dies, weil ihr Handeln aus Gehorsam dem Evangelium und dem Gewissen gegenüber geschieht, der bei Anordnung unchristlicher kirchenrechtlicher Regelungen den Ungehorsam der kirchlichen Hierarchie gegenüber zur Pflicht macht. Sie können dies durchhalten, weil die überwiegende Mehrheit der Christinnen und Christen ihre Haltung und Praxis als befreiend erfährt und unterstützt.

Es ist höchste Zeit, dass die Bischöfe und alle, die Einfluss nehmen können auf kirchliche Entscheidungen, Gott mehr gehorchen als irgendeiner menschlichen – und damit auch kirchlichen – Obrigkeit, dass sie den Glauben und die Glaubenspraxis der Gemeinden ernstnehmen, sie offiziell als kirchlich bestätigen und die überfälligen Reformen endlich durchführen; vor allem um der Menschen und des Glaubens willen, aber auch, um die Zeit der Heuchelei zu beenden und einer weiteren Zerstörung der Kirche zu begegnen.

Heppenheim, den 30.5.2012



Priester-Memorandum im Erzbistum Freiburg

Aufbruch jetzt!

Im vergangenen Jahr haben 302 Priester und Diakone unserer Erzdiözese durch Ihre Unterschrift das Memorandum der 311 Theologieprofessorinnen und -professoren unterstützt (Unterstützung Memorandum).

Am 19. März 2012 trafen sich über 60 Unterzeichner in der Kath. Akademie Freiburg zu einem offenen Austausch.

Die vielen intensiven Gespräche dieses Treffens waren von einer großen Betroffenheit und Sorge bestimmt, mit der die Teilnehmer von der Not unserer Gemeinden, vieler einzelner Menschen, der Ehren- und Hauptamtlichen und nicht zuletzt von den Priestern und Diakonen selbst berichteten. Dass allen diese Sorge um die Zukunft unserer Kirche ein zutiefst geistliches Anliegen ist, zeigte sich auch darin, dass immer wieder die unmittelbare Rückbindung zu Christus angesprochen wurde als dem »Weinstock« der Kirche, von dem getrennt wir »nichts vollbringen« können. Dieses durchgängige und ermutigende Vorzeichen bestimmte auch die Überlegung am Ende der Tagung, wie die Unterstützer des Memorandums mit dieser bedrängenden Sorge weiterhin umgehen und den notwendigen Dialog in der Erzdiözese Freiburg fördern und verlebendigen können.

Bei diesem Treffen wurden u.a. folgende Punkte besprochen:

> Es ist uns wichtig, dass wir als Priester und Diakone erkennbar Stellung beziehen zu der Erneuerung der Kirche und den notwendigen Reformen. Die Menschen in den Gemeinden sollen erkennen, wo wir stehen.
>
> Dies soll geschehen, indem wir zu einzelnen Themen des Memorandums klare, theologisch gut begründete und pastoral ausgerichtete Stellungnahmen erarbeiten und damit an die Öffentlichkeit treten.
>
> Konkret soll dies in einem ersten Schritt geschehen durch eine klare Stellungnahme zum Thema »Wiederverheiratete Geschiedene« – einem der vielen drängenden Themen, die keinen Aufschub mehr dulden.

Zu entsprechenden Stellungnahmen sollen künftig alle Priester und Diakone in der Erzdiözese eingeladen werden. Wir sehen darin einen Beitrag zur klaren und erkennbaren Beteiligung von uns Priestern und Diakonen am Dialog aus tiefer Sorge um unsere Kirche.

Eine Gruppe von Mitbrüdern wird die Erarbeitung von Texten übernehmen. Künftig sollen sich möglichst viele an der Erstellung von Textvorlagen beteiligen.

IN DIESEM ANLIEGEN hat eine Gruppe von Priestern eine Erklärung zum Thema „Wiederverheiratet Geschiedene« verfasst, den alle Priester und Diakone der Erzdiözese Freiburg durch ihre Unterschrift zu unterstützen eingeladen sind.

●

Aktionsgemeinschaft Rottenburg

Unsere Positionen im Dialogprozess

Wir sind eine Gruppe von Priestern und Diakonen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart,

- die sich den Anliegen des II. Vatikanischen Konzils, der Würzburger Synode und der Rottenburger Diözesansynode verpflichtet weiß;

- die für eine entschiedene Verwirklichung von Wahrhaftigkeit und Freiheit in der Kirche eintritt;

- die konstruktiv und kritisch das kirchliche Leben in der Diözese und in den Gemeinden begleiten und notwendige Reformen anstoßen will.

Wir wünschen uns eine Kirche,

- die das Evangelium von einem menschenfreundlichen Gott verkündet, der das Heil aller Menschen will, und die deshalb für Freiheit und Gerechtigkeit, für Barmherzigkeit und Nächstenliebe eintritt;

- die sich als Volk Gottes auf dem Weg versteht und deshalb bereit ist, sich auf das Leben der Menschen heute einzulassen und sich auf gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen einzustellen;

- die um der Glaubwürdigkeit ihrer Botschaft willen auf autoritäre Strukturen verzichtet, und die auf allen Ebenen und bei allen Entscheidungen eine intensivere Beteiligung und Mitverantwortung ihrer Glieder ermöglicht.

Deshalb setzen wir uns dafür ein,

- dass wiederverheiratete Geschiedene nicht von den Sakramenten ausgeschlossen werden.

Wir erwarten, dass die Kirche Regelungen findet, die der schwierigen Lebenssituation dieser Menschen ebenso gerecht wird wie der Praxis Jesu, der sich gerade mit den Gescheiterten, Sündern und Außenseitern an einen Tisch gesetzt hat.

Wir können nicht verantworten, dass Menschen, deren Ehe zerbrochen ist, neben diesem Schmerz auch noch die Ablehnung ihrer Kirche ertragen müssen. Gerade sie brauchen besondere Hilfen für ihren Weg des Glaubens.

- dass nichtkatholische Christen, die bewusst im Glauben die Eucharistie mitfeiern, in unsere Mahlgemeinschaft eingeladen werden.

Wir erwarten, dass die Kirche die in vielen Dokumenten beschriebenen Übereinstimmungen im Glauben und die gewachsene Ökumene in den Gemeinden ernstnimmt.

Wir bieten allen, denen die Einheit der Christen am Herzen liegt, die eucharistische Gastfreundschaft an. Und wir verwehren den katholischen Christen nicht, die Einladung zum evangelischen Abendmahl anzunehmen.

- dass neue und vielfältige Gemeindeformen erprobt und entwickelt werden.

Wir erwarten, dass die Kirche aufhört, die pastoralen Strukturen allein vom Personalstand der Priester abhängig zu machen, und immer größere Seelsorgeeinheiten bildet. Und wir erwarten, dass sie anfängt, nach den Lebensräumen und den Bedürfnissen der Menschen zu fragen und dafür die geeigneten pastoralen Dienste ausbildet und beauftragt.

Wir benötigen heute eine Vielfalt an Gemeindeformen, eine Pastoral der »Lebensraumnähe« und eine Pastoral der »milieuorientierten Vernetzung«. Als Träger und Subjekt der Seelsorge

brauchen unsere Gemeinden die enge Verbindung von Verkündigung und Diakonie, von Sakrament und Lebensvollzug.

- dass die Leitungsstrukturen der Kirche gründlich überdacht und reformiert werden.

Wir erwarten, dass die Kirche bereit ist, ihr Leitungsamt neu zu gestalten und neue Zugangswege zu diesem Amt zu ermöglichen: Verheirateten und Unverheirateten, Frauen und Männern, Hauptberuflichen und Ehrenamtlichen muss das Amt in der Kirche als Dienst am Volk Gottes offenstehen.

Wir greifen hier nur kurz und knapp einige gewichtige Anliegen auf, die uns als \ferantwortliche in der Pastoral bedrängen und seit dem II. Vatikanischen Konzii, der Würzburger Synode und der Diözesansynode auf überzeugende Antworten warten. Über diese Themen haben die Mitglieder der AGR verschiedentlich beraten und abgestimmt.

Die Aktionsgemeinschaft Rottenburg (AGR) wurde am 5. März 1969 in Esslingen-Pfiensau von 170 Priestern gegründet. Heute hat die AGR 154 Mitglieder

Geschäftsstelle:

Klaus Kempter, Am Cappelrain 2, 74613 Öhringen

Internet: www.aktionsgemeinschaft-rottenburg.de

Pfarrerinitiative um Schüller will sich wehren

Mannheim/Wien: Es gebe keine Glaubenskrise, sondern nur eine Kirchenleitungskrise, so Helmut Schüller. Er sprach zwar nur »am Rande« des offiziellen Katholikentags in Mannheim, aber er tat es beim »Alternativen Katholikentag« vor begeistert applaudierenden Gläubigen. In der übervollen Johanniskirche kündigte der Initiator der österreichischen Pfarrerinitiative, Hel-

mut Schüller, an, dass die engagierten Priester allfällige Disziplinarmaßnahmen, die Wiens Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn in Aussicht gestellt hatte, nicht hinnehmen und sich wehren wollen.

Kein Verständnis

»Ich weiß nicht, was an Pfarrern, die ihre tägliche Arbeit tun, zu disziplinieren wäre«, sagte Schüller. Die Initiative verstehe die Androhung nicht. Er wisse auch nicht, wie weit die Disziplinarmaßnahmen gehen würden. »Wir werden uns die Maßnahmen ansehen und uns von Experten beraten lassen.«

Der frühere Wiener Generalvikar, der jetzt Pfarrer von Probstdorf ist, fordert eine Verfassung für den Kirchendialog, eine Art Dialog-Grundrechtskatalog. Derzeit werde der Dialog wie ein Gnadenakt praktiziert, der teils von oben zugelassen, teils aber wieder zurückgezogen werde, kritisierte Schüller. »Wir haben keine Glaubenskrise, wie manche Kardinäle meinten, und wir haben keine Kirchenkrise, sondern wir haben eine Kirchenleitungskrise, die angegangen werden muss.«

(APA, nim, DER STANDARD, 21.5.2012)

Aus dem Newsletter Nr. 11 der Laieninitiative

Worauf es ankommt: Umfrage zur PGR-Wahl 2012

»Laieninitiative« und die Plattform »Wir sind Kirche« haben noch vor der PGR-Wahl bei ihren Unterstützem um die wichtigsten Aufgaben nachgefragt, die in dieser Zeit von den Mitgliedern der Pfarrgemeinderäte wahrgenommen werden müssen. Wir haben drei Vorschläge angeboten:

1. Gemeinschaftsbildung und -stärkung

Eine positive und tragfähige Entwicklung der Kirche in die Zukunft braucht funktionierende und geschwisterlich lebende Ge-

meinschaften in den Pfarren. Sie können Orte sein, wo ein Leben nach der Botschaft Jesu erlernt, eingeübt und hilfreich praktiziert sowie anderen Menschen angeboten wird. Daher sollten die neuen Pfarrgemeinderäte diesem Thema größte Aufmerksamkeit schenken. Die von der Amtskirche eingeleitete Entwicklung hin zu Pfarrverbänden und Seelsorgeräumen mit einer schädlichen Großflächenpastoral kann durch selbständige und eigenverantwortliche Gemeinschaften wirksam verhindert werden. Es ist daher wichtig, dass jeder PGR dieses Thema zu einem Schwerpunkt seiner Überlegungen macht (z.B. durch Klausurtagungen, permanente Tagesordnungspunkte bei den Sitzungen, usw.)

2. Gemeindeführung

Die Frage der Führung der Gemeinde wird in nächster Zeit fast überall relevant. Daher sollten sich die PGR schwerpunktmäßig damit beschäftigen.

In Pfarren, die einen Pfarrer haben:

Wie lange ist unser Pfarrer noch da? Was geschieht, wenn er geht? Können wir bei seiner Nachfolge mitentscheiden? Was tun, wenn wir mit der Linie unseres Pfarrers nicht einverstanden sind?

In Pfarren, die schon Teil eines Pfarrverbandes sind bzw. keinen eigenen Priester am Ort mehr haben:

Wer nimmt die Führungsfunktion in der Gemeinde wahr? Sind wir damit zufrieden? Wie können wir wieder einen Priester, der mit der Gemeinde lebt, bekommen oder wie können wir die priesterlichen Dienste in unserer Gemeinde erfüllen? Welche Personen aus unserer Gemeinde könnten Führungsaufgaben übernehmen? Wer ist bereit, den Kontakt zu anderen Gemeinden und zur Kirchenleitung zu pflegen?

3. PGR- Verantwortliche oder PGR-Ausschuss für Kirchenreform

Kirchenreform braucht beständige Arbeit an den Strukturen, aber ebenso zeitgemäße Formen und eine verständliche Sprache in der Verkündigung der Botschaft Jesu. »Wir sind Kirche« und die »Laieninitiative« raten daher, in allen Pfarrgemeinderäten einen Ausschuss für Kirchenreform einzurichten - wie es in der

PGR-Ordnung für einzelne Themenbereiche vorgesehen ist (etwa Finanzen, Caritas, Liturgie, Senioren, Ehe und Familie, Kinder und Jugend, Bauangelegenheiten, usw.). Wenn dies tatsächlich geschehen ist, sollte der/die Ausschussvorsitzende bzw. der/die Verantwortliche den Reformbewegungen namhaft gemacht werden. Dadurch kann ein permanenter Informationsfluss – auch mit anderen Gemeinden – sichergestellt werden.

Stichworte aus den Rückmeldungen

Abschaffung des Pflichtzölibats / Demokratisierung: Mitbestimmung bei Bischofsernennungen / Gleichberechtigung der Frauen / Transparenz / Das Recht auf eigenständige Pfarre und auf sonntägliche Mahlfeier, der auch Laien vorstehen können / Laien fördern, priesterliche Dienste selbst zu übernehmen / Kirchenreform von unten / Die Adaptierung der Liturgie, sprachlich und im Ablauf / Einhaltung der Menschenrechte in der Kirche

Problem Kirchenfinanzierung

Die Laieninitiative hat sich vorgenommen, die Kirchenfinanzen zu untersuchen. Das hat mehrere Gründe. Das gegenwärtige System ist ein Erbe Adolf Hitlers und hat sich nur in Österreich und in Deutschland gehalten. Für viele Kirchenaustritte ist der Kirchenbeitrag ein letzter entscheidender Anstoß. Ob es gerechtfertig ist, zahlungsunwillige Katholiken zu klagen und zu exekutieren, ist juristisch gesehen außerordentlich fraglich. In Wien gibt es etwa 1.800 Mahnklagen jährlich (= 0,2%) bei 950.000 Zahlern.

Seit einiger Zeit formiert sich eine kirchenfeindliche Bewegung, die mit einem Volksbegehren die »Privilegien der Kirche« abschaffen will. Das zielt weniger auf die Abschaffung von wirklichen oder vermeintlichen Privilegien, sondern ganz offensichtlich auf die Beschädigung der kirchlichen Ressourcen und auf die Vertreibung von Religion überhaupt aus der Öffentlichkeit. Davon distanziert sich die Laieninitiative ausdrücklich. Umso wichtiger scheint uns, Licht ins Dunkel der Kirchenfinanzen zu bringen und herauszufinden, wie unsere Gelder verwendet werden, denn 85 % der diözesanen Einnahmen kommen aus dem Kirchenbeitrag, nur 9 % von staatlichen Zuschüssen.

Kontakt mit der Finanzkammer der Erzdiözese Wien

Das gilt jedenfalls für die Erzdiözese Wien, die größte in Österreich. Um zu seriösen Ergebnissen zu kommen, haben wir Kardinal Schönbom gebeten, uns eine kompetente Persönlichkeit zu nennen, die unsere Fragen beantworten kann. Er nannte uns die Direktorin der Finanzkammer der Erzdiözese Wien, Mag. Brigitta Klieber. Eine kleine Delegation der Laieninitiative führte am 14. März ein ausführliches Gespräch mit Klieber und ihrem Stellvertreter und baldigen Nachfolger Josef Weiss. Beide waren durchaus auskunftsbereit, konnten aber nur in sehr beschränktem Ausmaß informieren. Denn jede Diözese, jede Stiftung, jeder Orden, jede Institution, ebenso die Caritas, budgetieren getrennt, unbekannt ist auch die private Verfügung der Bischöfe über die jeweilige »mensa episcopalis«, also jenes Geld, das den Bischöfen traditionell persönlich zusteht. Wollte man also einen Überblick über die finanzielle Lage der Kirche in Österreich gewinnen, so müsste man die Zahlen von Hunderten von Trägem des kirchlichen Lebens recherchieren und zusammentragen.

Hier einige Informationen aus dem Gespräch in der Wiener Finanzkammer:

> Bei den Ausgaben machen 57% die Personalkosten aus, 10% der Bauaufwand.
>
> Pfarren bekommen einen Zuschuss im Ausmaß von 15,5% des Kirchenbeitrags Aufkommens der Pfarre. Priester und Pastoralassistent(inn)en werden von der Diözese bezahlt, sonstiges Personal aber nicht. Was darüber hinaus die Pfarre mit ihrem Geld macht, entscheidet sie selbst
>
> Es gibt keinen Fonds für Kinder von Priestern, Alimente müssen die Priester selbst zahlen.
>
> Der »Peterspfennig«, der nach Rom abgeliefert wird, macht jährlich etwa 800.000 € aus, kommt aus einer Sonntagssammlung und wird von der Diözese auf diesen Betrag aufgerundet.

Tagung zu den Kirchenfinanzen im Herbst

Es gibt freilich auch grundsätzliche Fragen, für die Zahlen nicht erforderlich sind:

Darf der religionsneutrale Staat die Kirche bei der Eintreibung der Kirchenbeiträge unterstützen?

Warum bekommen die Bischöfe den Kirchenbeitrag und nicht die Gemeinden, wie in der Schweiz?

Warum haben die Beitragszahler keinen Einfluss auf die Verteilung der Gelder, die sie bezahlt haben?

Warum müssen wir, die die Kirche erhalten, uns untaugliche Bischöfe von Rom vorsetzen lassen?

Diese Fragen will die Laieninitiative in einer Tagung im Herbst zum Thema machen.

Unterstützung

- *Ihre Unterstützungserklärung geben Sie auf der Website der Laieninitiative ab.*
- *Wir arbeiten ehrenamtlich, aber die Arbeit verschlingt dennoch erhebliche Kosten. Daher sind wir für Spenden dankbar: Laieninitiative, Konto Nr. 470 382 30000 bei der Volksbank Baden,*

BLZ 42750 (vom Ausland IBAN AT 734275047038230000, BIC VBOEATWWBAD).

Impressum: Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Peter Pawlowsky (Obmann-Stellvertreter).

Weitere Informationen finden Sie auf www.laieninitiatlve.at.

●

Papst Metternich

Peter Pawlowsky

Die römisch-katholische Kirche in ihrer zentralen vatikanischen Gestalt sieht sich bedroht und schlägt um sich. Dem irischen Redemptoristenpater Tony Flannery wurde Redeverbot verordnet. Der Priester und Journalist Brian D'Arcy muss schon seit über einem Jahr seine Beiträge in den Medien zuvor von der Glaubenskongregation genehmigen lassen. Die Weltunion der katholischen Presse (UCIP) war 2011 dem Vatikan nicht mehr katholisch genug und wurde neu besetzt, dasselbe Schicksal er-

litt vor zwei Monaten die »Caritas Internationalis«, die nun ein Treueversprechen zu Lehramt und Papst ablegen muss. Die Frauenorden der USA wurden visitiert und als theologische Abweichler zu einer radikalen Kehrtwende verdonnert. Der Erzbischof von Bratislava will seine Priester suspendieren, die sich mit der Pfarrer-Initiative solidarisiert haben.

Management der Krise

Soweit ein kleiner Ausschnitt aus dem anstrengenden Leben der Amtskirche. Während sich der Protest der Priester und Laien international ausbreitet, verhandelt Rom lieber mit den Piusbrüdern als mit den Reformern und versinkt in hausgemachten Skandalen. Dass aber Methoden, wie sie in Diktaturen üblich sind, noch nie auf die Dauer erfolgreich waren, müsste den Akteuren auffallen, hätten sie ein wenig Geschichte studiert. Österreich ist in der glücklichen Lage, einen Beitrag zum Verständnis solcher Vorgänge zu liefern und vorherzusagen, wie das alles ausgehen wird.

Nach den Napoleonischen Kriegen war man in Europa auf Restauration und Stabilität bedacht. Ruhe war die erste Bürgerpflicht. Um sie sicherzustellen, ersann Fürst Metternich ein Uberwachungssystem mit Zensur und Einschüchterung. Er widerstand allen Versuchen zu einer Verfassungsreform und meinte, Administration könnte eine weitblickende Politik ersetzen und die drohende Krise managen. Metternich war ein gebildeter, diplomatisch geschulter Mann, aber kein schöpferischer Politiker. Er stützte mit allen Mitteln das bestehende System. Er hielt den Deckel auf den politischen Kochtopf, bis der Druck zu groß wurde und ihn die 1848er Revolution stürzte.

Die Moral von der Geschichte

Unterdrückung von Reformen führt zum Sturz des Regimes. Zwar wurde auch die Revolution, die Metternich vertrieben hatte, noch einmal niedergeschlagen, aber sie war langfristig nicht ohne Erfolg. Immerhin gab sich die österreichische Monarchie 1867 ein freiheitliches Staatsgrundgesetz, ungeachtet der Tatsache, dass Papst Pius IX. drei Jahre vorher Religions- und Meinungsfreiheit in seinem berühmten Syllabus verurteilt hatte.

Nach dem Konzil ist man im Vatikan auf Restauration und Stabilität bedacht. Ruhe ist die erste Christenpflicht. Um sie si-

cherzustellen, wird das vatikanische Überwachungssystem mit Zensur und Einschüchterung ausgebaut. Alle Versuche, das absolutistische Kirchenrecht zu reformieren, werden abgewehrt. Der Papst ist unfähig zu einem konstruktiven und schöpferischen Handeln – eine Charakteristik, die der Historiker Manfred Botzenhart dem Fürsten Metternich verpasst.

Ein System, das sich so benimmt, hat keine Zukunft. Im Gegenteil, es arbeitet zielsicher auf seinen Sturz hin. Was wird bleiben? Immerhin trägt eine Sekt-Marke heute noch den Namen „Fürst von Metternich«. Und ein bayrisches Papst-Bier hatten wir auch schon. Prosit.

Peter Pawlowsky*, Studium der Literatur und Philosophie, sieben Jahre Leiter der Abteilung „Religion" im ORF Fernsehen. Bis 2000 Präsentator von „kreuz+quer". Mitglied des Programmbeirats von Arte*.

Quart, Nr. 2/2012

■ TERMINE ■

Vorankündigung

Jahrestagung 2012

»Volk Gottes« heute

Referenten: Regina Schneider, Pater Kollig

Zeit: 2. und 3. Oktober

Ort: Landvolkshochschule Freckenhorst

Vorankündigung

Einkehrtage 2013

Priesterlose Eucharistiefeiern – Recht der Gemeinde in priesterarmen Zeiten

Leitung: Prof. Klemens Richter

Zeit: Freitag, den 4. Jan. - Sonntag, den 6. Jan. 2013

Ort: Landvolkshochschule Freckenhorst

Einladungen folgen rechtzeitig

Zum Thema

Klemens Richter

In der westlichen Theologie wird heute wie schon seit langem in der östlichen von einer eucharistischen Ekklesiologie gesprochen, von einer Ekklesiologie, die sich von den liturgischen Feiern der Einzelgemeinden her versteht und von dort aus Kirche auferbaut. Die eucharistie-liturgische Versammlung ist der eigentliche »Konstruktionspunkt« der altkirchlichen Ekklesiologie, denn »die Glieder dieser Gemeinschaft sind die durch die Speise von dem einen Tisch zur Communio Verbundenen« (Th. Schneider). Von daher kann das II. Vatikanum in *LG 11* die Eucharistiefeier als »Quelle und Höhepunkt des ganzen christlichen Lebens« und als Wirkkraft der »Einheit des Volkes Gottes« bezeichnen, denn es ist die Eucharistie, aus der nach LG 26 »die Kirche immerfort lebt und wächst«.

Die Liturgiekonstitution als erstes Dokument des Konzils ist daher einer Kirchenreform verpflichtet, denn *ecclesia semper reformanda* und *liturgia semper reformanda* sind untrennbar miteinander verbunden. Hier liegt der eigentliche Grund für eine Erneuerung der Liturgie. Der tridentinischen Liturgie entspricht ein anderes Kirchenbild, deshalb geht es nicht nur um einen Ritus, sondern um theologische Grundfragen des Glaubensverständnisses. Da die Liturgiereform wesentliches Element der Erneuerung der Kirche ist, können die deutschen Bischöfe zum 40. Jahrestag der Konstitution sagen: »Stillstand ist Rückschritt! ... Wir leben in einer Zeit des Umbruchs«. Dabei »kann die Liturgie zum Unterpfand werden, dass wir die Mitte unseres Glaubens nicht aus dem Auge verlieren«.

So ist auch fünf Jahrzehnte nach Beginn dieser Reform zu fragen, weshalb dieser Reformprozess in Gang gesetzt wurde und was der Geist des II. Vatikanums uns heute noch bedeutet. Was bedeutet es, dass die Kirche in der Eucharistie wurzelt? Daher soll sich dieses Wochenende mit zentralen Fragen des Eucharistieverständnisses befassen, wobei als Arbeitseinheiten vorgeschlagen werden:

Zum Verhältnis von Kirche und Liturgie
Fünf Jahrzehnte Liturgiekonstitution: Treue zum Konzil oder Abbruch des Aufbruchs?

Das Eucharistieverständnis von den Anfängen bis zum II. Vatikanum
(Darstellung in Bildern)

Mysterium und/oder sacramentum?

Der Wandel des Sakramentenbegriffs am Beispiel der Hochgebete

Der Opferbegriff in Orationen und Eucharistiegebeten unseres Messbuchs

Das Hochgebet als Mitte der Eucharistie:
Die wesentlichen Strukturelemente im Vergleich der Anfänge mit der Gegenwart

Priesterlose Eucharistiefeiern?

Zum Thesenpapier von F. Nikolasch *(siehe Informationen des FK Nr.141 v. März 2012, S. 43-50)*

●

Vatikan und Pius-Bruderschaft

»Wir sind Kirche«:

»Bischöfe müssen gegen eine Volleingliederung der Piusbruderschaft Einspruch erheben!«

Pressemitteilung, Rom/München, 24. Mai 2012

Alle Bischöfe sollten bei Papst Benedikt XVI. noch einmal dringend Einspruch erheben gegen eine kirchenrechtliche Eingliederung der traditionalistischen Piusbruderschaft, solange deren Repräsentanten entscheidende Konzilstexte weiterhin ablehnen.

Diesen Appell richtet die deutsche *KirchenVolksBewegung Wir sind Kirche* an die deutschsprachigen Bischöfe angesichts der für die allernächste Zeit erwarteten definitiven Versöhnung des Vatikans mit der traditionalistischen Piusbruderschaft.

Mit seiner Umwerbung der Piusbrüder erhöht der Papst in massiver Weise die Gefahr eines Schismas. Denn im Sinne der Nachfolge Jesu bliebe den Gläubigen nur der Weg des offenen Ungehorsams und Widerspruchs gegen eine Kirchenleitung, die sich vom Glauben des Volkes Gottes trennt.

Deshalb unterstützen die Reformgruppen die eindringliche Stellungnahme des deutsch-Schweizer Theologen Prof. Hans Küng: »Statt sich mit der ultrakonservativen, antidemokratischen und antisemitischen Piusbruderschaft zu versöhnen, sollte sich der Papst lieber um die reformbereite Mehrheit der Katholiken und

um die Versöhnung mit den Kirchen der Reformation und der ganzen Ökumene kümmern.«

Wir sind Kirche Deutschland:
Sigrid Grabmeier, Tel: +49(0)170 8626 290, E-Mail: grabmeier@wir-sind-kirche.de
Magnus Lux, Tel: +49(0)176-41266392, E-Mail: Famlux@t-online.de
Christian Weisner, Tel: +49(0)172-518 40 82, E-Mail: presse@wir-sind-kirche.de

●

Papst provoziert Ungehorsam

Hans Küng

Auf dem alternativen wie auf dem offiziellen Katholikentag in Mannheim herrschten allgemein Unmut und Frustration über die Verschleppung innerkirchlicher Reformen. Im scharfen Kontrast dazu bereitet Papst Benedikt XVI. für die allernächste Zeit offensichtlich die definitive Versöhnung der katholischen Amtskirche mit den traditionalistischen Piusbrüdern, deren Bischöfen und Priestern vor. Dies soll selbst dann geschehen, wenn die Piusbrüder, die weiterhin entscheidende Konzilstexte ablehnen, mit kirchenrechtlichen Kunstgriffen in die Kirche eingegliedert werden müssten. Davor müsste der Papst, nicht zuletzt von den Bischöfen, in aller Form gewarnt werden. Denn:

1. Der Papst würde auch ungültig geweihte Bischöfe und Priester definitiv in die Kirche aufnehmen. Gemäß der Apostolischen Konstitution Pauls VI. »Pontificalis Romani recognitio« vom 18. Juli 1968 sind die von Erzbischof Lefèbvre vollzogenen Bischofs- und Priesterweihen nicht nur unerlaubt, sondern auch ungültig. Diesen Standpunkt vertritt neben anderen auch ein maßgebliches Mitglied der »Versöhnungskommission«, Karl Josef Becker SJ, jetzt Kardinal.

2. Mit einer solch skandalösen Entscheidung würde sich Papst Benedikt in seiner allseits beklagten Abgehobenheit noch mehr vom Gottesvolk entfernen. Ihm sollte die klassische Lehre vom Schisma eine Warnung sein. Ihr zufolge geschieht eine Spaltung

der Kirche, wenn man sich vom Papst trennt, aber auch wenn man sich vom übrigen Leib der Kirche trennt. »So könnte auch der Papst zum Schismatiker werden, wenn er nicht mit dem ganzen Leib der Kirche die geschuldete Einheit und Verbundenheit halten will.« (Francisco Suarez, maßgebender spanischer Theologe des 16./17. Jh.).

3. Ein schismatischer Papst verliert gemäß derselben Kirchenrechtslehre sein Amt. Zumindest kann er nicht auf Gehorsam rechnen. Papst Benedikt würde also die schon überall wachsende Bewegung des »Ungehorsams« gegenüber einer Hierarchie, die dem Evangelium ungehorsam ist, fördern. Für das schwere Zerwürfnis und den Unfrieden, den er damit in die Kirche hineintrüge, hätte er allein die Verantwortung.

Statt sich mit den ultrakonservativen, antidemokratischen und antisemitischen Piusbrüdern zu versöhnen, sollte sich der Papst lieber um die reformbereite Mehrheit der Katholiken und um die Versöhnung mit den Kirchen der Reformation und der ganzen Ökumene kümmern. So würde er einen, nicht spalten.

22. Mai 2012 Prof. Dr. Hans Küng

●

Vatikan-Experte Politi: Piusbrüder führen Papst und Vatikan vor

»De facto überließ man es den Traditionalisten, die neuesten Inhalte der Einigungs-Präambel zu diktieren«

Köln, 29.04.2012 (KAP) Vatikan-Experte Marco Politi wirft dem Vatikan vor, »sich von der lefèbvrianischen Piusbruderschaft vorführen zu lassen und ihr immer weiter entgegenzukommen.« Der Vatikan habe seit Jahren nach und nach seine Positionen aufgegeben, kritisierte Politi am Sonntag im WDR. Auch Papst Bendikt XVI. selbst fordere inzwischen nicht mehr, »was er noch als Kardinal Ratzinger mit Papst Johannes Paul II. von den Piusbrüdern verlangt hat.«

Konkret nannte der Vatikan-Fachmann eine klare Anerkennung der wichtigsten Reformtexte des Zweiten Vatikanischen Konzils über Religionsfreiheit und Gewissensfreiheit sowie über die Beziehungen zu den christlichen Kirchen und zu den anderen Weltreligionen.

Auf die Nachfrage, ob dies nicht auf starke Kräfte im Vatikan zurückzuführen sei und weniger auf Benedikt XVI. selbst, sagte Politi wörtlich: »Nein, es ist der Papst, der hat diese Agenda durchgesetzt. Der Papst hat in all den Jahren immer den Fuß auf dem Gaspedal gehabt.«

Mit der Zeit habe der Papst den Piusbrüdern praktisch »alles geschenkt«. So habe er ihnen ermöglicht, »die alte tridentinische Messe zu feiern, wann sie wollen«, und auch die Exkommunikation der vier illegal geweihten Bischöfe zurückgenommen.

Besonders fatal sei die Entwicklung der letzten Wochen, erklärte Politi. Die oft als Ultimatum an die Piusbrüder charakterisierte »Lehrmäßige Präambel« spreche nur noch »ganz allgemein von der Notwendigkeit der Piusbruderschaft, die Autorität der Päpste und der Konzile anzuerkennen, aber ihnen bleibt die Freiheit, dann spezifische Punkte zu diskutieren.« De facto überlasse man es damit den »Traditionalisten«, die neuesten Inhalte der Präambel zu diktieren.

Der deutsche Distriktobere der Piusbruderschaft, Franz Schmidberger, sagte am Sonntag ebenfalls im WDR, dass man dem Vatikan »einen eigenen Text eingereicht habe«, der sich zwar »an der bisherigen Präambel orientiert, aber doch ein eigener Text ist«.

Der Vatikan hatte vor kurzem bestätigt, eine Antwort der Piusbrüder erhalten zu haben. Der Text werde jetzt »binnen kurzer Zeit« von der Glaubenskongregation untersucht und dann dem Papst zur Entscheidung vorgelegt. Die bislang nicht veröffentlichte Vatikan-Präambel enthält Kriterien zur Interpretation der katholischen Lehre sowie Bedingungen für eine mögliche Überwindung der theologischen Differenzen zwischen dem Vatikan und den Traditionalisten. Diese sind seit einer unerlaubten Bischofsweihe 1988 von Rom getrennt.

Papst Benedikt XVI. hatte im Jänner 2009 als Entgegenkommen die Exkommunikation der vier Bischöfe zurückgenommen. Im

Anschluss loteten Vatikan-Experten und Piusbruder in einer eineinhalbjährigen Dialogrunde bestehende theologische Differenzen aus. Streitpunkte sind insbesondere Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965) zur Ökumene, zur Religionsfreiheit und zum interreligiösen Dialog, die bislang von den Piusbrüdern abgelehnt werden.

Gratulation

Am 1. Juli feierte Reinhold Waltermann sein Goldenes Priesterjubiläum. In seiner Predigt würdigt er die theologisch-kirchliche Wende, die das 2.Vaticanum bewirkte, beleuchtet aber auch kritisch die heutige Entwicklung. Sein Fazit: In einer Zeit, da viele der katholischen Kirche den Rücken kehren – oft aus verständlichen Gründen – müssen wir lernen, mit und in einer Kirche zu leben, deren Heiligkeit über die Jahrhunderte bis heute sehr an Glaubwürdigkeit verloren hat.

Reinhold Waltermann hat mit Hans Werners und Ferdi Kerstiens den Freckenhorster Kreises gegründet. In den seitdem mehr als 40 verflossenen Jahren hat er viel Arbeit und Zeit in den FK investiert und tut es bis heute. Die FK-Informationen gratulieren herzlich und wünschen weitere engagierte Jahre!

Ein Ausschnitt aus seiner Predigt am 1. Juli

Wenn ich mich zu dieser Kirche bekenne, heißt das nicht, dass ich alles in ihr gut und richtig finden muss. Ich spreche mit allen in der Kirche das Credo. »Ich glaube an den Heiligen Geist, die heilige katholische Kirche.« Ja, sie ist die heilige Kirche, weil sie ihren Ursprung im Heiligen Geist hat. Sie ist die Gemeinschaft der Getauften, der von Gott Geheiligten.

Doch diese Kirche ist gleichzeitig auch ein Teil der Welt und der menschlichen Geschichte, mit zeitbedingten Entwicklungen und Ausprägungen, mit menschlichen Schwächen, mit Skandalen und Fehlentscheidungen.

Wir brauchen dabei gar nicht so weit zurückzuschauen. Da kann einen schon der Zweifel beschleichen, ob diese Kirche wirklich die Gemeinschaft ist, die Jesus gewollt hat?« Sie ist die heilige Kirche, und zugleich eine Kirche, die das, was sie zu bezeugen hat, auch verdunkelt, und das, weil sie unter anderen aus Menschen wie mir und Ihnen besteht. Dass die Kirche an Haupt und Gliedern immer der Erneuerung und Bekehrung bedürftig ist, das sagt sie selbst von sich seit eh und je, was aber die Verwirklichung nicht leichter macht. So brauchen wir in der »real existierenden Kirche« den Dialog und bisweilen auch die Auseinandersetzung. Auch das Lehramt muss sich als Lernamt verstehen, wenn es um »die Zeichen der Zeit" geht, von denen Papst Johannes XXIII sprach. – Das zu wissen, gibt uns aus Verantwortung für die Kirche eine kritische Freiheit für offene Worte und seelsorgliche Entscheidungen.

Das »Hausknost-Konzept«

Notwendiger Strategiewechsel im Vorgehen von globalisierungskritischen und ökologischen Gruppierungen

Nach Daniel Hausknost

1. Situationsbeschreibung

Hausknost zeigt am Beispiel der Ökologiebewegung zwei gegenläufige Entwicklungen auf, die in ihren je unterschiedlichen Arbeitsfeldern auch die Gruppierungen beobachten können, die sich um eine gerechte Weltordnung bemühen:

Ökologie

Einerseits: Das Umweltbewusstsein der Bevölkerung ist erstaunlich gewachsen. Viele kaufen umweit- und gesundheitsbewusster ein, steigen häufiger vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel um, verzichten auf künstlichen Dünger und Gift in ihren Gärten. Deshalb sind Luft, Wasser und Boden in den Indusrienationen sauberer geworden, sind neue Naturschutzgebiete entstanden, sind ausgestorben geglaubte Tiere und Pflanzen »zurückgekehrt«.

Andererseits: Weltweit findet ein unvorstellbarer Raubbau an Tier- und Pflanzenbeständen, an Energieträgern und Wasservorräten statt. Das Versiegen vieler Ressourcen ist absehbar. Dieser Prozess scheint unumkehrbar.

*»Eine Welt« und Entwicklungshilf*e

Einerseits: Organisationen und Dritte-Welt-Gruppen haben mit großem Einsatz durch Projekte oder Kleinkredite vielen Menschen zu einem Lebensunterhalt verholfen.

Andererseits: Weltweit hungern und verhungern immer mehr Menschen.

Friedensarbeit

Einerseits: Friedens- und Menschenrechtsgruppen haben Beachtliches bewirkt: Den Mauerfall durch die friedlichen Demonstrationen in der DDR, die Abschaffung des Apartheidsystems in Südafrika, das Ende der Gewalt in Irland und vieles mehr.

Andererseits: Provoziert durch imperialistisches Auftreten des

Westens im Nahen Osten seit 1948 hat islamistischer Terrorismus die ganze Welt zum Schauplatz eines unberechenbaren Guerillakrieges gemacht. Die Kriegsursachen verändern und vermehren sich. Religiöser Fanatismus und Fundamentalismus, Streit um Wasser und Bodenschätze, das Gefühl der Benachteiligung und Bevormundung durch die reichen Länder und die Verteuerung der Grundnahrungsmittel ergeben ein höchst explosives Gemisch, das unkontrollierbare und gefährliche Gewaltausbrüche begünstigt.

Trotz aller Beschwörung der »kleinen Schritte« führt dieses Auseinanderklaffen von aufreibendem Engagement und weltweitem rasantem Abwärtstrend auf ökologischem, entwicklungs« und friedenspolitischem Gebiet bei vielen zu Mutlosigkeit, Resignation und schließlich zum Aufgeben.

Die Ohnmacht des Verbrauchers

1 .These

Ökologiebewegung, Eine-Welt-Gruppen, Giobalisierungskritiker wenden sich mit ihren Aufrufen zur Verhaltensänderung an den *Konsumenten* und machen dadurch nicht anders als der Kapitalismus die Ware zu ihrem Fetisch, reduzieren Menschen auf ihren Konsum.

Sie sehen es als ihre Aufgabe an, das Zerstörerische am Warenkonsum des *Verbrauchers* aufzuzeigen, nämlich die globale Arbeitsteilung, die durch die Trennung der Ware von ihrem eigenen Entstehungsprozess die Folgen solchen Produzierens verschleiert. Die oben beschriebene Wirklichkeit zeigt, daß dieser Weg nicht zum Ziel geführt hat.

2. These

Globalisierungskritiker sollten die Menschen als Bürger ansprechen und nicht als Konsumenten

In seiner Rolle als Konsument ist der Mensch ein isoliertes Wesen. Er tätigt seinen Konsumakt, sein ethisches Engagement allein. Es ist eine Überforderung, von ihm zu verlangen, er solle in seiner Rolle als Konsument die Welt verändern. Jede Entscheidung für ein sozialverträgliches oder ökologisches Produkt muss er gegen andere Interessen durchsetzen, die tendenziell stärker sind: Geldbeutel, Bequemlichkeit, Modebewusstsein.

»Bin ich der einzige Depp, der Verzicht leistet, der mehr Geld für Bio-Nahrungsmittel ausgibt oder auf unbequeme unpünktliche Verkehrsmittel umsteigt?« So charakterisiert Hausknost das Grundgefühl des Verbrauchers, der nicht einsieht, warum er allein die Welt retten soll. Viele Menschen wären jedoch sicher zu weitreichenden Verhaltensänderungen bereit, wenn diese deutlich wahrnehmbare Auswirkungen hätten

3. These

Die ökologischen und kapitalismuskritischen Bewegungen werden nur dann Erfolg haben, wenn sie gemeinsam auf die Entwicklung neuer demokratischer Entscheidungsmechanismen hinarbeiten

Konzept

Eine künftige europäische Demokratie müsste folgendes Instrument ermöglichen:

Wenn zu einem politisch oder gesellschaftlich wichtigen Thema innerhalb der europäischen Länder eine bestimmte Anzahl von Stimmen gesammelt wird, kann ein europäisches Volksbegehren eingeleitet werden.

Innerhalb einer europaweit festgesetzten Eintragungsfrist von einer Woche können die Befürworter in jedem Wahllokal unterzeichnen.

Überschreitet die geleistete Unterschriftenzahl eine bestimmte Untergrenze – etwa 5% der Wahlberechtigten – so muss das Begehren innerhalb von drei bis sechs Monaten allen europäischen Bürgern zur Wahlentscheidung vorgelegt werden.

Die so getroffene Entscheidung ist bindend umzusetzen, außer sie verstößt gegen die Verfassung.

Konsequenzen

Ein solches Instrument könnte »entscheidungsreife« Themen aufzeigen oder sie durch die Debatte »reifen« lassen.

Eine konzentrierte Diskussion auch an der Basis wäre möglich.

Die Zivilgesellschaft würde aus ihrer Politikmüdigkeit und Lethargie gerissen.

Neue politische Bewegungen könnten entstehen.

Mehrheiten könnten erzielt werden, an die heute nicht zu denken ist.
(Zusammenfassung eines längeren Artikels. A.W.)

WENN .....

WIR WISSEN ERST,
WAS AUF DEM SPIEL STEHT,

WENN WIR WISSEN,
WAS AUF DEM SPIEL STEHT.

Hans Jonas

Buchempfehlung

Pastorale Herausforderungen – pastorale Neuaufbrüche

Reinhard Feiter/ Hadwig Müller (Hg.)
Frei geben
Pastoraltheologische Impulse aus Frankreich
Übersetzt von Hadwig Müller und Wilhelm Rauscher
Bildung und Pastoral, Band 1

Format 14 x 22 cm
ca. 256 Seiten
Paperback
ca. € 20,- [D] / € 20,60 [A] / sfr 28,90
ISBN 978-3-7867-2931-0

HERAUSGEBER

Reinhard Feiter, Dr. theol., ist Professor für Pastoraltheologie und Direktor des Seminars für Pastoraltheologie an der Universität Münster.

Hadwig Müller, Dr. theol., Abteilung Theologische Grundlagen von *missio-Internationales Katholisches Missionswerk e.V., Aachen*.

Das Evangelium hat mit der Gesellschaft, in der wir leben, mehr zu tun, als jene, die berufsmäßig mit Kirche und Pastoral zu tun haben, oft meinen. Denn in vielen Erfahrungen heutiger Menschen scheint die Weise auf, in der Jesus von Nazareth verschüttetes Leben in seinen Mitmenschen freigab. Doch müssen diese Erfahrungen neu entdeckt werden!

Die Texte dieses Buches spannen den Bogen von konkreten Erfahrungen kreativer Gemeinwesenarbeit bis zu theologischem Nachdenken. So führen sie an die Wurzel der christlichen Botschaft: Sie eröffnen Freiheit.

Reinhard Feiter und Hadwig Müller machen ein weiteres Mal Texte französischer Pastoraltheologie zugänglich und ermutigen dazu, die stilbildende und freigebende Kraft des Evangeliums fruchtbar zu machen.

Das neue »Gotteslob« ohne Oosterhuis?

Bernd Hans Göhrig (IKvu)

Der niederländische Dichter Huub Oosterhuis zählt wegen seiner Gebetbücher und Liedtexte zu den beliebtesten geistlichen Dichtern der Gegenwart. Seit den 1960er Jahren sind seine Texte aus Gottesdiensten und der alltäglichen Gemeindearbeit nicht wegzudenken – und dies in ökumenischer Übereinstimmung. Umso bemerkenswerter ist es, daß gerade *seine* Liedtexte in dem seit über zehn Jahren erarbeiteten neuen römisch-katholischen Kirchengesangbuch nicht mehr enthalten sein werden: Wie in den Niederlanden sperrt sich auch in der Bundesrepublik eine konservative Minderheit in der Deutschen Bischofskonferenz gegen den Wiederabdruck der beliebten

Lieder. Oosterhuis, der vor vielen Jahren den Jesuitenorden verließ, sein Priesteramt aufgab und heiratete, ist es in ihren Augen nicht wert, in einem Gottesdienst zu erklingen.

Dem Würzburger Bischof Friedhelm Hofmann gelang es in seiner Funktion als Vorsitzender der Kommission »Gemeinsames Gebet- und Gesangbuch«, die Oosterhuis durchaus wohlgesinnte Bischofsmehrheit auszutricksen. Er arrangierte gemeinsam mit dem Kölner Kardinal Joachim Meisner die Vorlage des Entwurfs in Rom – dort wird der »abtrünnige Priester« natürlich durchfallen.

Im »Gotteslob« von 1975 sind insgesamt 6 Lieder mit Texten von Huub Oosterhuis enthalten: »Wer leben will wie Gott auf dieser Erde« *(GL 183)*, »Herr, unser Herr, wie bist du zugegen« *(GL 298)*, »Solang es Menschen gibt auf Erden« *(GL 300)*, »Nahe wollt der Herr uns sein« *(GL 617)*, »Ich steh vor dir mit leeren Händen, Herr« *(GL 621)*, »Sei hier zugegen« *(GL 764)*.

Es ist schwer vorstellbar, dass die Gemeinden in Zukunft auf diese Lieder verzichten werden, denn sie sind fast überall Gemeingut. Sollte es bei der Indizierung der Oosterhuis-Texte bleiben, kann also bereits zum Einführungstermin des neuen »Gotteslob« die erste Ergänzungssammlung gleich mitverteilt werden.

Tischgebet

Huub Oosterhuis

Der nach menschlicher Sitte mit einem eigenen Namen genannt wurde, als er in einer fernen Vergangenheit geboren wurde weit von hier:

den die Seinen nannten Jesus, Sohn des Josef, Sohn des David, Sohn des Jesse, Sohn des Juda, Sohn des Jakob, Sohn des Abraham, Sohn des Adam, Sohn des Menschen, der auch Sohn von Gott genannt wird, Heiland, Vision des Friedens, Licht der Welt, Weg zum Leben.

Von Jahrhundert zu Jahrhundert wurde er uns überliefert in Sprache und Zeichen, stets geliebt, oft unverstanden. Ein Geheimnis wird er bleiben, eine eigenartige Geschichte, so wie ich ihn kennenlernte – heute nenne ich ihn Bruder.

Durch die Dörfer seines Landes zog er heilend und begeisternd. Und die Menschen gingen mit ihm, und Versöhnung wurde leichter. Und er lebte mit den Freunden, ganz und gar einer von ihnen. Nicht als Herrscher unerreichbar – nein, verraten starb ein Sklave.

Und wie er uns aufgetragen, brechen wir das Brot gemeinsam. Wir gedenken seines Todes, und wir preisen ihn als lebend. Denn er gab uns die Verheißung: Lebend ist er ständig bei uns. Und wir warten, dass er kommt, und wird jedem offenbar.

Der so starb für seine Freunde, liegt im Acker wie ein Samen. Und er wartet einen Winter in der Stille seines Todes. Er ist Korn und wird geerntet. Er ist Brot und will verteilt sein, will zum Frieden Gottes werden. Er geht auf – in der Nähe.

Sein gedenk ich hier und heute, nenne ihn, und sieh, hier steht er, steht – auf deine Liebe hoffend – und lebendger Liebe würdig. Und uns Menschen Mensch geworden, hat er sich im Kind verborgen, in dem Freund, dem Gegenüber, in dem Menschen neben dir.

Nur ein Gerücht? Oosterhuis auf dem »Index der verbotenen Lieder«?

Angelika Wilmes

Wie man hört, soll das Gotteslob von allen Liedern gereinigt werden, die von Huub Oosterhuis stammen. Die offizielle Begründung: Huub Oosterhuis ist kürzlich – sicher nicht ohne triftigen Grund – aus der Kirche ausgetreten.

Wenn dieses Gerücht den Tatsachen entspricht – leider fällt es in dieser Zeit der Restauration nicht schwer, das zu glauben –

dann ist das ein weiterer großer Schritt zurück in vorkonziliare Zeiten, als es noch den Index der verbotenen Bücher gab und man mündigen Christen verbot, bestimmte Autoren zu lesen.

Mit einer derartigen Zensur des Liedgutes der deutschsprachigen Bistümer nimmt man uns Christen an der Basis die besten der wenigen noch singbaren Lieder, die unser heutiges Lebensgefühl ansprechen. Sie prägen auch unser Beten. Wir finden in ihnen Trost und Anregung für unseren Alltag, den uns die herkömmlichen Lieder in ihrer oft lebensfremden Theologie nur selten bieten. Die Oosterhuis-Texte begleiten uns außerhalb des Kirchenraumes und sind geprägt von einer jesuanischen Theologie der Nähe und der Suche nach Gerechtigkeit.

Wollen wir auch diese Einschränkung unserer ureigenen Form der Beteiligung am Gottesdienst widerspruchslos hinnehmen? Was ist zu tun? Warum behalten die Gemeinden nicht einfach die alten Gesangbücher?

A.W.

Die Redaktion der Freckenhorster-Kreis-Informationen interessiert sich für Ihre Meinung zu diesem Thema. Schreiben Sie uns! Was können wir tun? Nur wenn wir aktiv werden, bleiben uns diese Lieder erhalten!

wilmes-fk@t-online.de

Adresse der Redaktion: Siehe Rückseite der FK-Informationen!

Theologie ist Deutung, und Deutung ist legitim.

Gefährlich wird sie, wenn sie absolutgesetzt wird.

Dann hat sie menschenfeindliche Folgen.

Freckenhorster Kreis

FK-Büro:

Freckenhorster Kreis
FK-Büro:
c/o: Ludger Funke
Friedhofsallee 100 A
47198 Duisburg
Tel.: 02066/33260
Fax: 02066/415801
E-Mail: fk-buero@gmx.de
Internet: www.freckenhorster-kreis.de

Redaktion:

Angelika Wilmes,
Albachtener Str. 101e
48163 Münster
Telefon: 02536/1408
Fax: 02536/344 946
E-Mail: wilmes-fk@t-online.de

Unsere Konten: Darlehnskasse Münster (DKM)
BLZ: 400 602 65

Verantwortlich: Ludwig Wilmes (Adresse: s. Redaktion)

Brasilienkonto: 3799701
Amparo maternal: 3799702
Ukrainekonto: 3799703
Demetrius (CPP): 3799705

Beitragskonto: 3799700
Mitglieder (M) 35 Euro,
Interessenten (I) 7,50 Euro